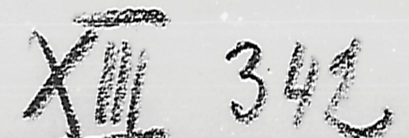
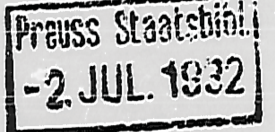
DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte
Publikationsorgan der I. V. S. Ä.
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VIII. Jahrgang | Berlin, Juni 1932 | Nummer 6

Inhalt:







INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY
DIE PSYCHOANALYTISCHE UNIVERSITÄT IN BERLIN

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VIII. Jahrgang Berlin, Juni 1932 Nummer 6

„Wohlfahrtsanstalt" Deutschland

Wie ein Phönix aus der Asche soll das verelendete, ausgehungerte Deutschland unter der starken Hand der neuen Adelsregierung Papen zu neuem Glanz erstehen. Zu neuem Glanz — wie die herrschenden Feudalherren und ihr stiller Teilhaber Hitler es nicht anders verstehen: militaristisch-faschistische Diktatur zu Gunsten des Junkertums und der Großindustrie, restlose Unterdrückung der Arbeiterklasse mit Hilfe der bewaffneten Macht und des Terrors einer Bürgerkriegsarmee. Uniform und Parademarsch, Polizeisäbel und Maschinengewehr, Muckertum und schwärzeste Kulturreaktion sind Trumpf. Jede freiheitliche und fortschrittliche Einrichtung und vor allem die gesamte soziale Fürsorge sind in Gefahr.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers Papen hat diese Tatsachen nackt enthüllt. An Deutlichkeit läßt sie nichts zu wünschen übrig. „. . . Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht, und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. ... Der hierauf zwangsmäßig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. ... Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen . . ."

Staatssozialismus? Wurden die Produktionsmittel sozialisiert, Grund und Boden aufgeteilt? Sozialisiert sind allein die Defizite der Großindustrie, des Großgrundbesitzes und der Banken.

Die materiellen Sorgen wurden dem Arbeitnehmer in weitem Maße abgenommen? Herr von Papen müßte eine kleine Anschauungslektion in den proletarischen Wohnvierteln durchmachen, um sich von seiner Feudalatmosphäre zu lösen und die trostlosen Verhältnisse der so gut versorgten Arbeitnehmer und Arbeitslosen

kennenzulernen. Ein Millionenzug Verhärmter, Verkrüppelter, Verhungerter würde ihn bis in den Traum verfolgen — wenn er sehen wollte.

Deutschland — eine Wohlfahrtsanstalt? Kann die heute ausgezahlte Erwerbslosenunterstützung, die Invaliden- oder Altersrente, das Krankengeld Anspruch auf einen Schein von Wohlfahrt erheben? Spricht der Niedergang der Volksgesundheit von Wohlfahrt? Exmittierte füllen in Scharen die Obdachlosenasyle, vor den Toren Berlins flüchten Verelendete in Erdhöhlen. Wohlfahrt? Die Mütter wissen nicht mehr, wovon die Kinder sättigen, die Selbstmorde nehmen in erschreckendem Maße zu. Wohlfahrt? Jawohl! Aber für wen? Für abgesetzte Fürsten, für pensionierte Generale und Offiziere, für ehemalige Minister, für notleidende Agrarier, für bankrotte Schlotbarone! Sie sind Wohlfahrtsbezieher in allergrößtem Ausmaße, von Milliardensummen, die aus eben jenen verächtlich gemachten, verhöhnten Darbenden herausgepreßt werden. Neue Abzüge ihrer Hungerrenten und Elendsunterstützung sind beschlossen für den Glanz des neuen aufgerüsteten Deutschland, für neue Panzerkreuzer und Kanonen, für neue Stützungsaktionen.

Die moralischen Kräfte der Nation sind geschwächt? Die Dauererwerbslosigkeit vieler Millionen muß erklärlicherweise die moralischen Kräfte unterminieren. Die moralische Zerrüttung, die Herr von Papen meint, ist etwas ganz anderes. Hier ist auf die organisierten proletarischen Abwehrkräfte, das proletarische Klassenbewußtsein, den Kampf der Arbeiter um Selbstbehauptung als unmoralisch und entsittlichend abgezielt. Denn Herr von Papen und sein Herrenklub kennen nur ein Herrenbewußtsein und wollen zwangsweise bei allen, die außerhalb ihres engsten Kreises stehen, den guten alten bewährten vorfriderizianischen Untertanengeist züchten. Und die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung, das „Lerne dulden, ohne zu klagen“ und die Vertröstung aufs „bessere Jenseits“ sollen das Mittel zu noch gründlicherer Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse abgeben. Damit das Tipfelchen auf dem i nicht fehlt, dient der Kulturbolschewismus als Bürgerschreck; gemeint ist jeder, auch der geringste proletarische Kulturfortschritt.

Gegen diese brutale Unterdrückungstendenz der „nationalen Konzentrationsregierung“ muß die Abwehrfront der gesamten Arbeiterklasse sich formieren. Sie muß ihre Organisationen und Rechte verteidigen und auf den einzigen Ausweg aus der Krise und dem Untergang, auf den Sozialismus hinzielen. Der Verein Sozialistischer Aerzte ist als überparteiliche Vereinigung besonders dazu berufen, seine Stimme für die Sammlung der Kampffront aller Arbeiterorganisationen zu erheben.

In letzter Stunde, alle Werktätigen in Stadt und Land, auf zur gemeinsamen Abwehr der Reaktion!

NSDAP und geistige Arbeiter

Von Dr. Walter Fabian, Dresden.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist ausgezogen, die „Arbeiter der Stirn und der Faust" zu sammeln. Vielleicht besagt schon diese Formulierung allerhand: produktive, schöpferische Arbeit wird ja im allgemeinen weder mit der Faust noch mit der Stirn geleistet. Doch lassen wir das; Tatsache bleibt, daß es der nationalsozialistischen Bewegung gelungen ist, einen erheblichen Teil der „geistigen Arbeiter" Deutschlands für sich zu gewinnen.

Die Gründe liegen im Wirtschaftlichen und im Psychologischen. Die Not dieser Kreise, der Akademiker, des akademischen Nachwuchses, der freien Berufe, ist bekannt. Die Niedergangsepoche des Kapitalismus mußte diese Schichten, die jahrzehntelang die Nutznießer des kapitalistischen Aufstieges gewesen waren, hart treffen — besonders hart, weil sie mehr zu verlieren haben als die Arbeiter und andererseits weniger Widerstands- und Rettungsmöglichkeiten besitzen als die „Wirtschaftsführer". Die Wirtschaftskrise hat ihnen den Boden ihrer Existenz unter den Füßen weggezogen, und die Perspektiven der nächsten Zukunft des Kapitalismus machen die Lage der Aelteren wie der Jüngeren gleich hoffnungslos.

In dieser Situation hätten sie den Weg zum Sozialismus, zur Einreihung in die Arbeiterbewegung finden können — aber die psychologischen Hemmungen sind viel zu stark, alles in ihnen sträubt sich dagegen, die Tatsache der Proletarisierung und der Verbundenheit mit dem allgemeinen proletarischen Schicksal anzuerkennen und damit Vorstellungen aufzugeben, die seit frühester Kindheit genährt und liebgewonnen wurden. Wobei nicht vergessen werden darf, daß die Haltung der Arbeiterorganisationen, ihr Versagen gegenüber den Aufgaben, die ihnen gestellt waren, und manche unliebsamen Erscheinungen in den Reihen der Arbeiterbewegung die Werbekraft des sozialistischen Gedankens stark beeinträchtigten.

So wandten sich diese Schichten, deren politische Bildung mindestens seit dem Ende der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung des vorigen Jahrhunderts höchst mangelhaft war, denen zu, die ihnen für ihre Not die faßlichste Erklärung und für ihren Zorn den bequemsten Blitzableiter boten. Das eigene Schicksal als Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung zu erkennen und anzuerkennen — das hätte den Bruch mit allen Traditionen, eine unerhörte geistige Wendung erfordert; da war es viel einfacher und beruhigender, die Schuld dem erfolgreicheren jüdischen Konkurrenten zuzuschieben. Ausschaltung der jüdischen Aerzte, Rechtsanwälte, Journalisten, Schauspieler, Musiker usw. — das ist eine genau so glaubwürdige Rettungsparole für die geistigen Arbeiter wie die Beseitigung der Warenhäuser und Konsumvereine für den gewerblichen Mittelstand. Der Einfluß der Hochschulen, die dank

den der NSDAP so verhaßten liberalen Grundsätzen eine Stätte geistiger Inzucht geworden sind, tat das Seinige, um den dauernden Zustrom des geistigen Nachwuchses zum Nationalsozialismus zu sichern.

Diese Schichten nahmen nicht den geringsten Anstoß an dem Ungeist der nationalsozialistischen Bewegung. Hier zeigt sich, daß die Masse dieser Leute sich sehr zu Unrecht zu den geistigen Arbeitern zählt: ihr Befähigungsnachweis ist lediglich durch den Erwerb von Zeugnissen und Schmissen erbracht. Innere Verbundenheit mit deutscher Kultur der Vergangenheit und Gegenwart, geistiger Besitz an deutscher Dichtung, Kunst, Musik, gar Beziehungen zu anderen Kulturkreisen — das alles „betrifft sie nicht". Adolf Hitlers „Mein Kampf" entspricht und genügt ihren geistigen Bedürfnissen.

Nirgends wird die deutsche Sprache so brutal, so gefühllos vergewaltigt wie in den Zeitungen der Nationalsozialisten und in den Reden ihrer Führer. Nicht einer ihrer Männer zeigt auch nur in bescheidenem Maße schöpferische Kraft; noch ist keine einzige irgendwie beachtliche geistige Leistung aus diesen Kreisen gekommen. Statt dessen Vorliebe für den übelsten Kitsch: kindische Schmarren in den Feuilletons ihrer Presse, Sekundaner-„Dichtungen" auf den „deutschen" Bühnen der NSDAP, Schultze-Naumburg als Führender in der bildenden Kunst und nichts als geräuschvolle Militärmusik in ihren Konzerten. Beethoven, Haydn, Mozart, Bach bleiben den verfluchten jüdischen Dirigenten vorbehalten — die deutschesten aller Deutschen haben zu diesen Gewaltigen im Geiste so wenig Verbindung wie zu Rembrandt oder Dürer, zu Lessing oder Hebbel.

Ihre Kunstkritik ist nicht ein Zweig der geistigen Arbeit, sondern ein Ergebnis der Rassenschnüffelei: „Wir lehnen jeden Juden ab, und sei er noch so begabt und anständig. Ueber jeder künstlerischen Debatte steht die Rasse." Auf solche Weise enthebt man sich freilich geistiger Strapazen.

Dabei ist selbst auf ihrem ureigenen Gebiet, der Rassenforschung, jede beachtliche, selbständige geistige Leistung zu vermissen. Wo wäre die NSDAP ohne Chamberlain und Gobineau, deren Rassenzugehörigkeit doch wohl nicht ganz den Vorschriften des Parteiprogramms entspricht? Sie wäre auf Dr. Hans Günther angewiesen, dem der gewiß nicht marxistisch verseuchte Senat der Universität Jena anläßlich seiner Berufung zum Professor öffentlich bescheinigte:

> „Der Volksbildungsminister und die ihm nahestehenden Persönlichkeiten haben den Schriftsteller Dr. Hans Günther der philosophischen Fakultät und auch der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät bald als Professor für Philosophie, bald als Professor für Vorgeschichte, als Professor für Eugenik und als Professor für Rassenkunde präsentiert. Auch eine Professur für Anthropologie sollte für ihn in Betracht

kommen. Die weit überwiegende Mehrzahl der Fakultät konnte sich aber nicht davon überzeugen, daß Dr. Günther über die wissenschaftliche Schulung verfügt, die man bei einem Universitätslehrer als Voraussetzung für eine erfolgreiche Betätigung in Forschung und Lehre ansehen muß. Sie konnte sich noch weniger davon überzeugen, daß in seinen bisherigen Schriften wissenschaftliche Originalleistungen enthalten seien."

Günther und Feder: das sind die Fichte und Hegel der NSDAP, der Partei, die die Mehrzahl, die Masse, die Quantität, freilich nicht die Qualität der geistigen Arbeiter Deutschlands an sich gezogen hat.

Dagegen helfen nicht logische Widerlegungen, dagegen hilft am wenigsten der immer mehr zu beobachtende Versuch geistiger Anpassung an die nationale Ideologie und Terminologie. Dagegen hilft nur die unerbittliche Klarheit des marxistischen Denkens und die revolutionäre Aktion des gesamten Proletariats, die mit dem kapitalistischen System auch dem parasitären Dasein dieser „Arbeiter der Stirn" ein Ende bereiten wird.

Aerzteschaft und Faschismus

Von Dr. Käte Frankenthal.

Seit dem Jahre 1930 hat man in Deutschland entdeckt, daß es eine faschistische Gefahr gibt, die bekämpft werden muß. Hauptrepräsentant, wenn auch durchaus nicht der einzige, des Faschismus in Deutschland ist die Nationalsozialistische Partei. Der Wahlerfolg der Nazis im September 1930 war der Auftakt zu der ganzen unglücklichen Politik, die seither ausschließlich im Zeichen der sogenannten Bekämpfung der faschistischen Gefahr stand.

Richtunggebend für den Faschismus sind viel weniger nationalistische als reaktionäre Gedankengänge. Zur Bekämpfung des Faschismus ist daher vor allem eines notwendig, das eine, an dem es so völlig gemangelt hat: energischsten, zielbewußten Widerstand gegen jeden reaktionären Vorstoß!

Die konterrevolutionäre Bewegung ist die natürliche Folge einer Revolution, auch der schwächlichsten, auch der von 1918. Jede Situation, in der es den Arbeitern gelingt, sich in den Besitz von Rechten und Freiheiten zu setzen, ruft die Reaktion auf den Plan, die auf den Moment wartet, um ihnen das Errungene wieder zu entreißen. Die ökonomische Entwicklung nach der Inflation brachte das Wiedererstarken des Kapitalismus und der Bourgeoisie und damit den Frontalangriff auf alle Rechte der Arbeiterschaft. In der Wirtschaftskrise mußten sich die Klassengegensätze verschärfen, mußte der Kampf entbrennen um die Verteilung der Lasten der Krise, die der Kapitalismus mit voller Wucht auf die Arbeiter abzuwälzen versucht.

Ein solcher Kampf kann niemals mit demokratischen Mitteln ausgekämpft werden. Da aber die Machtinstrumente des Staates in Händen der Kapitalistenklasse sind, ist es selbstverständlich, daß sie eingesetzt werden gegen die Arbeiterklasse. Die immer mehr und immer stärker zusammengeschrumpfte Minderheit der Kapitalisten kann die große Mehrheit des Volkes nur mit diktatorischen Maßnahmen niederhalten, bei Auflehnung durch blutigen Terror. Dazu ist aber die unerläßliche Vorbedingung die Beseitigung der demokratischen und politischen Freiheiten.

In Deutschland kennen wir nicht wie in Italien einen Zeitpunkt, an dem der Faschismus nach einem siegreichen Kampfe die Macht ergriffen hat. Allmählich, fast unbeachtet von den Vertretern des Proletariats und ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, hat sich der Faschismus in Deutschland etabliert, allmählich hat er Demokratie, Freiheit und alle sozialen Sicherungen unterhöhlt. Diese kampflose Etablierung des Faschismus war nur möglich bei einer Arbeiterschaft, die so zerrissen ist, die sich gar nicht ihrer Kraft bewußt ist, wie die deutsche. Daß das Proletariat sich in diesem Zustand der Ohnmacht befindet, in einer Zeit, die ökonomisch alle Vorbedingungen erfüllt für die proletarische Revolution, ist die große Tragödie der deutschen Arbeiterklasse.

Die Nazis sind sich vollkommen darüber klar, daß ihre Stärke ausschließlich begründet ist in der Schwäche der Arbeiterschaft. Sie lassen daher alle Minen springen, um die Arbeiter nicht zur Klarheit kommen zu lassen über das eigentliche Wesen des Faschismus. Denn damit wäre sofort die Einheitsfront aller Arbeiter gegen diese arbeiterfeindliche Bewegung formiert. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß ihr Liebeswerben um die Arbeiter nicht ohne Erfolg war. Die Arbeiter sind unter sich uneinig. Nicht nur über den Weg zur Erkämpfung des Sozialismus, sondern große Schichten von Arbeitern haben die Kampftruppen verlassen und sind übergelaufen in das Lager der offenen Reaktion. Das ist das traurige Ergebnis der Bekämpfung des Faschismus mit völlig verkehrten Mitteln. Goebbels zynisches Wort, daß für ihn der Sozialismus nur Mittel zum Zweck ist und die Tatsache, daß der Zweck die Errichtung des blutigsten Terrors gegen das Proletariat ist, ist den Arbeitern nicht ins Bewußtsein gehämmert worden.

Die Nazis haben sich systematisch unter Einsatz ihrer ganzen Organisation den Weg zum Proletariat gebahnt. Ein Teil dieser Organisation ist auch der Nationalsozialistische Aerztebund. Er bezeichnet sich selbst in seinen Richtlinien als Hilfsorganisation und als Teil der politischen Kampforganisationen der NSDAP. Das ist an sich selbstverständlich. Auch wir sind als sozialistische Aerzte Hilfstruppen der sozialistischen Parteien. Und auch der VSAe. hat sich die Aufgabe gestellt, das Gesundheitswesen nach sozialistischen Gesichtspunkten zu beeinflussen.

Die Aerzte sind kein unwesentlicher Teil einer politischen Kampforganisation, die die Massen erobern will. Aerzte kommen mit allen Teilen der Bevölkerung in Berührung und zwar als Berater und Helfer, und sie haben alle Chancen, Einfluß zu gewinnen weit über den Rahmen eines ärztlichen Beraters hinaus.

Fragen der Volksgesundheit sind politische Fragen. Darauf haben wir immer hingewiesen. Notwendig ist es aber, Aufklärung darüber zu bringen, wie die Nazis als Partei zu diesen Fragen stehen.

Ist die Betreuung der Volksgesundheit, die Versicherungsleistung, Krankenhauswesen und Gesundheitsfürsorge eine politische Frage, so hat doch jeder einzelne Kranke ein Recht darauf, daß der Arzt ihm nur als Arzt gegenübertritt, der die Interessen des Kranken vertritt, nicht aber am Krankenbett als politisierender Rassenkämpfer auftritt. Darauf kann ein Kranker nicht rechnen bei den Vorkämpfern des Dritten Reiches. *Der Nazi als Arzt bleibt Nazi und unterscheidet laut Programm zwischen Personen, denen es zu helfen lohnt und solchen, die nach seiner Ansicht keine Existenzberechtigung haben.* Das Geld nimmt er allerdings von beiden Gruppen. Aeußerungen nationalistischer Führer über Wert und Unwert der Menschen verdienen es, in die breiteste Oeffentlichkeit gebracht zu werden.

Die *Bremer nationalsozialistische Zeitung* äußerte sich vor kurzem wie folgt:

„Clemenceau hatte, so hart es klingt, im gewissen Sinne schon ganz recht, es sind ihrer um zwanzig Millionen zu viel. In früheren Jahrhunderten schickte der Herrgott von Zeit zu Zeit eine Cholera- oder Pestseuche, dann gab es in übervölkerten Ländern wieder eine Zeit Luft. Der überkluge Kulturmensch aber hat es gelernt, diese Seuchen in Schranken zu halten. Da sagt dann der Herrgott: Nun, wenn ihr so klug seid, mir ins Handwerk zu pfuschen, dann rottet euch gegenseitig selbst aus, wenn euch das angenehmer dünkt, oder verhungert."

Die Bekämpfung der Seuchen durch den überklugen Kulturmenschen gilt also bei den Nazis offenbar als Kulturbolschewismus.

Der Schriftsteller *Ernst Mann* äußert sich in seinem Buche *„Die Moral der Kraft"* wie folgt:

„Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit im Kampf für das Allgemeinwohl eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu leben. War er tapfer genug, seine Gesundheit, sein Leben im Kampf aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden. . . . Selbstmord ist die einzige Heldentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt, jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, daß er nie vollste Kraft, Gesundheit, den freien Gebrauch seine Glieder erreichen kann, soll seine letzte Willenskraft zusammennehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien, und wäre es durch konstante Nahrungsverweigerung, wenn er sonst aller anderen Mittel zum Selbstmord beraubt ist."

Derselbe E r n s t M a n n schreibt an anderer Stelle:

„Ueberall versuchend, zu helfen und zu heilen, selbst dort, wo nichts mehr zu heilen ist, verloren die Aerzte das hohe Gefühl für die Bedeutung ihres Berufes. Er meint, Verdoppelung der Volkszahl der Gesunden, ist binnen fünfundzwanzig Jahren unter der Voraussetzung möglich, daß der gesunde Volkskern von den kranken, belastenden Elementen befreit wird. Der Vernichtung der Balastexistenzen stehen heute keinerlei technische Schwierigkeiten mehr im Wege, aber immer noch moralische. . . . Solche chirurgischen Eingriffe in das Volksganze sind dringende Forderungen der Zeit. Wir dürfen die Vernichtung lebensunwerten Lebens nicht der nächsten Generation zuschieben."

Dieselbe These verkündet ein Arzt, der Chemnitzer Professor S t ä m m l e r, der ebenfalls die Vernichtung und Ausrottung aller Ballastexistenzen fordert.

Das sind wahrlich angenehme Kunden am Krankenbett. Die Diagnose lautet: Bist du Ballastexistenz oder Edeling? Die Therapie: Muß ich dich umbringen oder heilen?

Die Nazis sind Spezialisten auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene. Der Nationalsozialistische Aerztebund erklärt das Primat der Nationalbiologie gegenüber der Nationalökonomie. Unbeschadet der zwanzig Millionen Menschen zuviel sind sie für unbeschränkte Fortpflanzung. Eine der e r s t e n p a r l a m e n t a r i s c h e n T a t e n der Nazis war ein A n t r a g i m R e i c h s t a g, in dem sie verlangten, daß jeder, der es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des Volkes zu beschränken, mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft wird. Sie brauchen den großen Ueberschuß an Menschen, weil sie es ja für ihre ärztliche Pflicht halten, die Minderwertigen umzubringen. H i t l e r selbst hat auf dem Nürnberger Parteitag am 1. August 1929 gesagt: „Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen, und 7—800 000 der schlechtesten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein." Eine solche Vermehrung, bei der der größte Teil umgebracht wird, und trotzdem soviel übrigbleibt, daß H i t l e r „den Raum für das Deutschtum der Welt erkämpfen kann," das ist nun freilich leichter gesagt als getan. Aber die Nazis wissen sich zu helfen. R o s e n b e r g propagiert in einem Buche die Vielehe. Er sagt: „Gewiß ist die Einehe zu schützen und durchaus beizubehalten als organische Zelle des Volkstums. Aber schon Professor W i e t h - K n u d s e n hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ohne Vielweiberei nie der germanische Volksstamm früherer Jahrhunderte entstanden wäre, womit soviel gesagt ist, daß alle Voraussetzungen für die Kultur des Abendlandes gefehlt hätten. Er meint, „ein Deutsches Reich der Zukunft wird gerade die kinderlose Frau, gleich ob verheiratet oder nicht, als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den Ehebruch des Mannes einer Korrektur unterziehen, insofern ein solcher mit Kindeserfolg nicht als juristisch zu wertender Ehebruch betrachtet werden kann, nur daß der Be-

treffende zur Zahlung der Erziehungskosten des Kindes gesetzlich anzuhalten ist."

Das ist alles schon dagewesen. In einem phantastischen Roman „Zirkus Mensch" malt Madelung einen ganz ähnlichen Nazizirkus. Er hat sich wahrscheinlich nicht träumen lassen, daß aus seinen Phantasien einmal eine Theorie des Dritten Reiches wird. Zu Neujahr dieses Jahres hat der Reichstagsabgeordnete Himmler, der Reichsführer der SS, einen Befehl erlassen, in dem für alle SS-Leute eine Heiratsgenehmigung eingeführt wird. Die Heiratsgenehmigung wird einzig und allein nach rassischen und erbgesundheitlichen Gesichtspunkten erteilt oder verweigert. SS-Angehörige, die bei Verweigerung der Heiratsgenehmigung trotzdem heiraten, werden aus der SS gestrichen. Der Austritt wird ihnen freigestellt.

Der frühere Minister Groener hat im vorigen Jahre eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes herausgegeben. Er kommt da zu Folgerungen, die den Nazitheorien sehr verwandt sind. Er sagt:

„Der Fortpflanzungstrieb im Menschen wird zweifellos durch manche äußere Umstände stark gehemmt, ist aber bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch schon an sich geschwächt. Deshalb dürfte ein Umschwung des Geburtenrückgangs ohne eine tiefgreifende Aenderung der heutigen Kultur und Zivilisation nur von einer stark volksbetonten inneren Auflehnung gegen die sichere Volksverstümmelung und Ueberfremdung zu erwarten sein."

An allem Unglück sind selbstverständlich die Juden schuld. Auf der zweiten Reichstagung der Nazi-Aerzte in Leipzig verlangte Professor Stämmler das gesetzliche Verbot von Ehen zwischen Deutschen und Juden. Nun ist es ein schwieriges Problem, das den Nazis viel Kopfzerbrechen macht, wer eigentlich Jude ist. Stämmler ist großzügig. Er will schon einen Vierteljuden, das heißt, wenn einer der Großeltern Jude ist, als Deutschen gelten lassen. Er betont aber, daß andere nur Personen mit einem Achtel jüdischen Blutes, das heißt, wenn einer der Urgroßeltern Jude war, als Deutschen anerkennen.

Stämmler hat auch die dritte Tagung der nationalsozialistischen Aerzte in Dresden über Nationalsozialismus und Rassenhygiene unterhalten. Dort erklärte er, daß der Geburtenrückgang auf wirtschaftliche Not zurückzuführen sei, ist ein Irrtum, und er beklagte sich darüber, daß überhaupt viel zu viel für Schwachsinnige und für die Bildung der Frauen ausgegeben wird.

Die Nazis sind stets der Ansicht, daß zuviel für das Volk getan wird. Der Kampf gegen die soziale Versicherung ist das Kernstück ihres Kampfes gegen die Arbeiterinteressen. Die Arbeiter lernen die Versicherung meist erst schätzen, wenn sie krank sind und die Leistungen in Anspruch nehmen können. Die Kranken müssen daher wissen, wie der nationalsozialistische Arzt über die Versicherung denkt. Laut Programm wird es im Dritten Reich keinerlei

Versicherung geben. Nur eine Art Altersversicherung ist vorgesehen durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens. Eine solche Versicherung ist selbstverständlich nicht gleichzusetzen mit der Invalidenversicherung. Bei der Invalidenversicherung muß der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahlen. Bei dem Leibrentenwesen hätte alle Lasten der Arbeiter allein zu tragen. Das entspricht der Auffassung, die der Reichstagsabgeordnete Wagner in München in die Worte gekleidet hat: „Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden." In Richtlinien für die Parteireferenten, die wohl nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, ist gesagt:

„Es ist ohne weiteres zu behaupten und nachzuweisen, daß die Sozialversicherung, wie sie sich uns in der gegenwärtigen Form zeigt, eine Geburt des Marxismus ist, welche klassenfördernd und volksschädigend wirkt. Daher im Dritten Reiche Aufhebung des gesamten Versicherungswesens außer der Haftpflichtversicherung, welche nach nationalsozialistischen Grundsätzen umgeformt werden muß."

Auf der zweiten Reichstagung der nationalsozialistischen Aerzte hat Dr. Schöningk-Rottendorf zur Sozialversicherung erklärt:

„Die Sozialversicherung schwächt und schädigt das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet körperliche Schwächlinge und seelische Lumpen."

Man kann also die nationalsozialistischen Auffassungen zusammenfassen: Ueberschüssige Produktion an Menschen. Was nicht taugt, dem wird in der Wiege das Genick umgedreht, die groß werden, sollen schuften, bis sie zusammenbrechen, dann sind sie reif für den Selbstmord oder für den Naziarzt. Wer vorübergehend krank wird, kann Hilfe bekommen, falls er Geld hat. „Wenn du aber gar nichts hast, ach, so lasse dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben." Dies ist das Extrakt der Politik mit dem Firmenschild: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Mit dem Gemeinnutz sieht es überhaupt bei den Naziärzten eigentümlich aus. Professor Lenz-München schreibt in seinem Buche „Menschliche Auslese und Rassenhygiene", daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiete stehen freilich der Gesundung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich einmal klarmachen, daß durch eine wirkliche ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern daß auch Zehntausende anderer Aerzte in ihrem ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbußen erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.

Im „Völkischen Beobachter" erscheint von Zeit zu Zeit eine Bekanntgabe, in der alle Parteimitglieder verpflichtet wer-

den, im Erkrankungsfalle nur parteigenössische Aerzte in Anspruch zu nehmen. Geschäft ist Geschäft.

Die faschistischen Tendenzen in der Aerzteschaft gehen weit über den Rahmen des nationalsozialistischen Aerztebundes hinaus. Der Kampf gegen die Sozialversicherung und die Fürsorge ist ein politischer Kampf. Unser Kampf gegen die faschistischen Aerzte, den wir zuächst im Interesse der Volksgesundheit führen, ist zugleich ein Teil des politischen Kampfes gegen den Faschismus. Nicht unbeträchtliche Teile des Proletariats stehen noch außerhalb dieses Kampfes oder gar im Gegenlager. Diesen Massen gilt es klarzumachen, was der Faschismus bedeutet: Untergang der Volksgesundheit, Tod und Verderben für die breiten Massen. In der Propaganda der sozialistischen Parteien müssen diese Fragen, die den Massen am leichtesten nahezubringen sind, weil sie jeden einzelnen, Mann oder Frau, persönlich betreffen, in den Vordergrund gestellt werden. Aber nicht nur die Parteien, sondern auch die Versicherungsträger selbst, um die zum großen Teil der Kampf geführt wird, haben die Pflicht, sich aktiv daran zu beteiligen. Die Versicherung ist geschaffen zum Schutze der Volksgesundheit. Der Volksgesundheit droht Gefahr durch die Faschisierung des Gesundheitswesens, da dürfen diese Institutionen nicht untätig bleiben. Presse, Versammlungstätigkeit, die gesamte Agitation hat sich jetzt auf ein großes Ziel zu konzentrieren: Die Abwehr des Faschismus. In den Dienst dieses großen Abwehrkampfes müssen sich — in letzter Minute — alle sozialistischen Kräfte einmütig stellen. — Der VSAe., einer der wenigen Organe, in dem noch Sozialisten aller Richtungen vereint sind, erkennt es als seine Aufgabe, als Aerzte und als Sozialisten alle Kräfte einzusetzen zur Unterstützung und zur Aktivierung dieses Kampfes bei allen Organisationen, die den Kampf führen.

Erhaltung und Ausbau der sozialen Fürsorge in der tsch. slow. Republik

Bereits vor Jahresfrist hat die deutsch-tschechische Sektion des VSAe. an die Zentralversicherungsanstalt ein längeres Memorandum (siehe „Soz. Arzt", VII. Jahrg., Nr. 8/9) gerichtet. Mit großem Nachdruck wurde damals schon auf die volksgesundheitlichen Gefahren hingewiesen, insbesondere für die Arbeitslosen und deren Angehörige, weil die bestehenden Gesetze und Vorschriften nicht oder ganz unzureichend sorgen. Die Lage hat sich inzwischen auch in unserem Nachbarlande in ungeheurem Maße verschlechtert. Deshalb haben unsere Genossen Arnold Holitscher (Komotau), Th. Gruschka (Aussig), Epstein (Aussig), Lieben (Teplitz) und Feldstein (Teplitz) im Namen des Vereins der deutschen sozialistischen Aerzte in CSR. eine Denkschrift an das Ministerium für soziale Fürsorge in Prag gesandt, aus der wir das Wesentliche hier wiedergeben:

Zur Zeit, da die gesetzlichen Grundlagen für die gegenwärtig gültige Krankenversicherung geschaffen wurden, spielte die Arbeitslosigkeit lange nicht jene verheerende Rolle, wie dies seit Eintreten der Weltwirtschaftskrise der Fall ist, man nahm darum damals leider nicht Bedacht auf sie. Gegenwärtig gibt es Hunderttausende, die seit langer Zeit, ja seit Jahren nicht mehr krankenversichert sind. Im Falle einer Erkrankung, die sie oder ihre Angehörigen trifft, ist für ärztliche Behandlung und Heilmittel so gut wie gar nicht gesorgt. Sie fallen eigentlich nicht unter den Begriff der „Armen", denen die Gemeinde Arzt und Medikamente beizustellen hat, so daß eine Verpflichtung der Armen- und Gemeindeärzte zu unentgeltlicher Behandlung nicht besteht; auch ist ja ihre Zahl so überaus groß, daß den recht kärglich bezahlten Armenärzten gar nicht zugemutet werden kann, die bei Behandlung der Arbeitslosen und deren Familien an sie gestellten hohen Anforderungen gewissenhaft zu erfüllen; die Selbstverwaltungskörper aber befinden sich, wie ja allgemein anerkannt, in einer so überaus ungünstigen wirtschaftlichen Lage, daß es nur sehr wenigen von ihnen möglich ist, Aerzte für ihre den Arbeitslosen geleistete Hilfe halbwegs ausreichend zu entlohnen und die notwendigen Heilmittel bereitzustellen. Gewiß, es finden sich überall einzelne Aerzte, die diese Hilfe unentgeltlich zu leisten bereit sind; aber dieser gute Wille scheitert und muß scheitern an dem Umfange des Arbeitsgebietes, das sich da eröffnet und im Laufe der Zeit sich noch erheblich vergrößern wird. Denn es handelt sich ja um Hunderttausende von Arbeitslosen, mit den Angehörigen werden wir von der Million sicher nicht weit entfernt sein; und es handelt sich um Menschen, die zu wenig zu essen haben, die in nicht oder ungenügend erwärmten Räumen schlafen und wohnen müssen, deren Kleider unzureichend, deren Schuhe zerrissen sind, um Familien, die keine Seife zur Reinigung haben, um Väter und Mütter, deren Nerven und Herzen von Sorgen, Qual und Verzweiflung gefoltert und dadurch krank gemacht werden. Zur Heilpflege für zwei Millionen Krankenversicherter und ihrer Angehörigen bestehen Hunderte von Krankenversicherungsanstalten mit Tausenden von freilich nicht glänzend, aber immerhin ausreichend bezahlten Aerzten, werden Hunderttausende für Medikamente, Heilbehelfe, Kuranstalten, Röntgenuntersuchungen usw. jährlich ausgegeben. Für eine halbe Million Arbeitslose, als für etwa ein Viertel so viele Menschen, die wohl nicht den mit der Arbeit verbundenen Gefahren für die Gesundheit, wohl aber den noch be-

denklicheren des Hungers, der Kälte, der Unreinlichkeit und der Sorgen ausgesetzt sind — nichts, so gut wie nichts!

Wer unter dem Volke lebt, wer täglich Gelegenheit hat, Menschen zu sehen, zu beobachten, ärztlich zu untersuchen, ist erschüttert über den rasch fortschreitenden Verfall der Volksgesundheit, über das Umsichgreifen der Volksseuchen. Was die Fortschritte der Wissenschaft, Hygiene, Aufklärung, Fürsorge in unendlich mühevoller Arbeit langsam errungen hatten, die Zurückdrängung der Tuberkulose, der Rachitis, der Säuglingssterblichkeit, der Nährschäden, der Hautkrankheiten, das alles geht mit unheimlicher Schnelligkeit wieder verloren. Es muß mit besonderem Nachdruck auf die äußerst bedrohliche Gefahr des Umsichgreifens der Geschlechtskrankheiten hingewiesen werden, deren Träger nicht oder nicht ausreichend behandelt werden können, weil die Mittel dazu fehlen, so daß das Gesetz nicht durchgeführt werden kann, so daß die Zahl der Infektionsträger in rascher Progression zunimmt. Die Tuberkulose breitet sich aus, bald wird die Sterblichkeit anwachsen.

Noch sind die durch den Krieg und die durch ihn der Bevölkerung auferlegten Entbehrungen hervorgerufenen Gesundheitsschäden nicht überwunden; die junge Generation, die damals im Kindes- und Entwicklungsalter stand, trägt deutliche Spuren der überstandenen Leiden. Regierung und Verwaltung sind, wir wissen es, nicht in der Lage, die Krisis zu beseitigen, ja auch nur zu mindern, ihre furchtbaren Folgen für das Volkswohl, für die Gesundheit der lebenden, für die Entwicklung der kommenden Generation zu verhüten. Das aber müssen wir fordern, daß den armen Opfern der wirtschaftlichen Erschütterung, den durch Not und Entbehrung krank gewordenen, den siechen, unterernährten Kindern und Frauen ärztliche Hilfe und die notwendigen Heilmittel bereitgestellt werden, denn das ist das allermindeste, was die Gesellschaft ihnen schuldig ist! Die Mittel dazu zu verschaffen, ist nicht etwa nur ein Gebot der Fürsorge und humaner Pflicht, es ist auch ein unentbehrliches Mittel der Selbsterhaltung, denn die Erhaltung des wertvollsten Kapitals, des Menschen, ist unabweislich, wenn sich Staat und Gesellschaft nicht selbst dem Niedergange preisgeben wollen.

Die kranke Medizin. Ausweg aus der heutigen Krise

Von Dr. J. Tuscherer, Bratislava.*)

Mit dem Heraufdämmern einer neuen Gesellschaftsordnung rückt die Geburtsstunde einer neuen Medizin näher denn je. Jener Medizin, die ihren Namen zu Recht trägt, weil sie ihre ganzen Kräfte aus dem großen Kollektiv empfängt, so wie sie sie dem großen Kollektiv dienstbar macht, so wie die volle Blüte und die umfassende Entwicklung medizinischen Wissens, Könnens und Denkens erst möglich sein wird auf der Basis des großen Kollek-

*) Unter dem gleichen Titel ist kürzlich im Verlage L. Bleier, Preßburg, von unserem Kollegen und Genossen Tuscherer ein sehr interessantes, polemisches Buch erschienen, auf das wir noch zurückkommen werden. Wir veröffentlichen hier den größeren Teil der Schlußfolgerungen, die der Verfasser im letzten Kapitel gibt. Die Red.

tivs der gesamten Menschheit, in dem es weder Unterdrücker noch Unterdrückte gibt.

Der Ausweg aus der Krise der Medizin ist nur möglich durch verstärktes Eintreten für die verschärfte und absolute Kollektivisierung des sozialen und wirtschaftlichen Organismus. Nur so werden die Mediziner und Aerzte, die sich bisher begnügen, Tatsachen festzustellen und zur Kenntnis zu nehmen, um dann zu versuchen, diese vorhandenen Tatsachen irgendwie aus der Welt zu schaffen, wirklich in der Lage sein, einen entscheidenden Kampf gegen Krankheiten aller Art zu führen. Rachitis, Tuberkulose, Geschlechts- und Geisteskrankheiten wie unzählige andere Erkrankungen haben im wesentlichen soziale Ursachen. Nicht mit patentierten Medikamenten und den vollkommensten Methoden wird man sie beseitigen können, sondern nur dadurch, daß man das Uebel an der Wurzel faßt, d. h. die sozialen Auslösungsfaktoren vernichtet.

„Ihr läßt den Armen schuldig werden,
dann übergibt ihr ihn der Pein.“

Unter dieser Devise segelt die ganze heutige Medizin. Aber nicht nur das; es liegt im Wesen der bestehenden Gesellschaftsordnung, daß sie selbst an dem kranken und leidenden Menschen noch verdienen will und verdienen muß. Die Tätigkeit dieser „Samariter“ zeigt die ganze Verlogenheit heutiger Zustände und geißelt schärfer als noch so harte Worte das Wesen der Mediziner, die hier als treue Diener der herrschenden Macht Helfersdienste leisten und dabei den Mut haben, von ihrer „hohen“ Sendung zu sprechen.

Eine Institution, die soviel Mittel von der Gesellschaft in Anspruch nimmt und dafür nur das leistet, daß sie den krank gewordenen Menschen mit Medikamenten verarztet, ihn auch auf diesem Wege zum Ausbeutungsobjekt der Raubritter des 20. Jahrhunderts macht, hat ihre Aufgabe verfehlt, besitzt keine Lebensberechtigung.

Kein Jammern über das Mißtrauen des Patienten dem Arzt gegenüber hilft darüber hinweg, daß dieses Mißtrauen sehr reale Ursachen hat. Die soziale Klassenschichtung macht sich auch hier bemerkbar. Zur Front der Ausgebeuteten gehört der Patient. Zur Front der Ausbeuter gehört der Arzt. Das empfinden beide. Deshalb glaubt der Patient nicht an den Arzt und deshalb kann ein Arzt von den Patienten als Drückebergern, Faulenzern und arbeitsscheuen Elementen sprechen.

Im Laufe der Zeit hat sich bei den Patienten die Erkenntnis immer mehr Bahn gebrochen, daß wirksame Hilfe nicht gegeben worden ist; das Einzelindividuum erfuhr an sich selbst, und weil es in einer großen Gemeinschaft lebt, durch den Anschauungsunterricht aus der Umwelt, daß Aerzte und Medizin oft genug zwar einen gewissen seelischen Trost, körperliche Erleichterung, Linderung der Schmerzen geben konnten, aber Hilfe, d. h. Abhilfe und

endgültige Beseitigung ihm nur selten zuteil geworden ist. Dadurch wurde das klassenmäßig ohnehin vorhandene Mißtrauen verstärkt. Ob die Jünger Aeskulaps es wollten oder nicht: ihrer Arbeit und ihrer Tätigkeit ebenso, wie dem Erfolg aller Heilungsmethoden sind gesetzmäßige, sozialbedingte Grenzen gesetzt. Der Patient, als der Angehörige der unterdrückten Schicht, kannte und kennt diese Grenzen aus seinen eigenen Lebenserfahrungen sehr genau. Er lernt sehr schnell die Hemmungen des Arztes kennen. So formuliert sich bei ihm ein klarer Begriff: der Arzt will mir nicht helfen, denn er gehört zu meinen Gegnern.

Die Herstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt hat also die unbedingte soziale Gleichberechtigung beider zur Voraussetzung.

Der Mensch ist ein Produkt der Verhältnisse. Geboren mit einer gewissen Summe an Fähigkeiten, werden diese durch die Einflüsse des sozialen Milieus entweder gesteigert und ausgebildet, oder sie verkümmern. Bestimmend für die Entwicklung, nach der einen oder anderen Seite, sind die Notwendigkeiten und Erfordernisse des sozialen Lebens. Das, was wir sind, sind wir geworden, indem wir Kräfte, Mittel und Einflüsse aus der Umwelt, aus dem materiellen und ideellen Energiereservoir der Gesellschaft für uns in Anspruch nahmen.

Nehmen aber verpflichtet zum Geben. Weil wir von allen Menschen und der durch sie geschaffenen Güter, gleich welcher Art, Teile und Ganzes für uns in Anspruch nehmen, sind wir verpflichtet die Dienstbarmachung aller in uns vorhandenen materiellen und geistigen Kräfte im Interesse des Volksganzen als wichtigste Lebensaufgabe anzusehen.

Dieser Grundsatz gilt für die heutige Zeit und gilt mehr und vielfach für die kommende neue Gesellschaft, deren wesentlichen Grundzug sie bildet.

Auf der Basis dieser prinzipiellen Einstellung, die ihre notwendige Ergänzung durch die allumfassende Kollektivisierung menschlichen Schaffens erhält, verändert sich die Grundlage der Medizin prinzipiell und entscheidend.

War es bisher die Aufgabe des Arztes, den bereits erkrankten Menschen zu heilen, so ist diese nun: Mittel und Wege zu finden, um die Möglichkeiten der Erkrankung bis auf ein Minimum einzuschränken. Damit wird der Arzt einer der wichtigsten Träger des sozialen Lebens. Er ist Berater und Wegweiser; Verwalter des kostbarsten Gutes, das wir besitzen: des menschlichen Lebens. Dieses zu regeln, zu überwachen, vor Gefahren zu schützen und

im Falle der Erkrankung alles zu tun, um es zu erhalten, ist die größte und erhabendste Aufgabe, die vor Menschen jemals gestellt wurde.

Zur Lösung dieser neuen Aufgabe müssen neue Wege beschritten werden. Planlosigkeit und Anarchie, wie die Gesellschaftsordnung, deren Kind und deren Produkt die Medizin war und bis heute ist, ist auch das Wesen dieser Medizin. Planmäßig und kollektiv, entsprechend dem Wesen der neuen Gesellschaft, wird die neue Medizin sein.

Im Rahmen dieses Planes ist die Prophylaxis der Weg, den die neue Medizin zu gehen hat. Arzt und Patient sind nicht mehr zwei Faktoren, die einander gegenüberstehen, sondern arbeiten an einem gemeinsamen Ziel, um die richtige Methode ausfindig zu machen, die prinzipiell für alle und individuell für jeden verschieden geeignet ist, den Körper gesund zu erhalten und ein Maximum an Leistung zu erzielen. Daß auf diesem Wege Ungeheuerliches erreicht werden kann, beweist z. B. der Credé, durch den ein Rückgang der Blennorhöe schlagartig von 10 Prozent auf 0,09 Prozent erzielt wurde.

Es ist nicht leicht, ein Bild der Zukunftsmedizin, deren wesentliche Grundlagen kritisch und prinzipiell bereits geschildert wurden, zu geben. Anfänge und Ansätze sind mehr oder minder, teilweise im neuen Rußland vorhanden. Aber selbst die dortigen Erkenntnisse und Erfahrungen sind noch viel zu wenig bekannt und nicht abschließend genug, um einen detaillierten Plan zu entwerfen.

Das hier entworfene Bild der zukünftigen Medizin fußt weniger auf schon vorhandenen Einrichtungen, als auf der logischen Schlußfolgerung einer dialektischen Analyse der Gegenwartsmedizin. *Grundthese ist und bleibt, die Prophylaxe, die Krankheitsvorbeugung.*

Ansätze für eine prophylaktische Medizin sind im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung zu finden (so in erster Reihe im Fürsorgewesen). Daß sie nicht voll zur Entfaltung gelangen, ihren eigentlichen Zweck verfehlen und ihr wesentlicher Sinn verfälscht ist, wurde bereits erwähnt.

Wenn das Fürsorgewesen trotzdem namhafte Resultate aufzuweisen hat, so wird damit eben bewiesen, daß durch die prophylaktische Methode wesentliche Fortschritte erzielt werden können. Insbesondere dann, wenn man die Träger ihres charitativen Charakters entkleidet und man die Tätigkeit dieser Institutionen als ein Aufgabengebiet für Staat und Gesellschaft, durchgeführt mit den Mitteln derselben, erschließt.

Trotz der mannigfachsten Widerstände hat das Fürsorgewesen (besonders die Säuglingsfürsorgen) bereits jetzt große Resultate gezeitigt. Des öfteren hört man in den Kinderkliniken und Kinderabteilungen der Krankenhäuser Klagen darüber, daß die Frequenz

von Jahr zu Jahr abnimmt; daß früher alltägliche schwere Krankheitsbilder, wie z. B. Toxikose, heute fast im Verschwinden sind. Es ist bezeichnend, daß der Leiter einer bekannten Berliner Kinderklinik vor kurzem äußerte: „Hier in Berlin vergißt man das, was man gelernt hat; es kommen ja fast keine kranken Kinder mehr in die Hände des Klinikers.“ Und ein anderer, nicht weniger bekannter Pädiater bei dieser Gelegenheit erwiderte: „Seitdem die Säuglingsfürsorge so sehr ausgebaut wurde, leiden wir an Krankenmaterialmangel; wenn das so weitergeht, können wir unsere Klinik zumachen.“ Das sind zwar Einzelerscheinungen, die in solch krasser Form zum Ausdruck kommen, aber sie sprechen für das System. Wenn man dabei bedenkt, daß selbst in Berlin nicht alle Säuglingsfürsorgen mit entsprechend geschulten Fachärzten versehen sind, daß vielfach allgemeine Praktiker, Internisten oder andere die Leitung der Fürsorgestellen innehaben; daß der größte Teil der Fürsorgeärzte ganz auf die offizielle Medizin eingestellt ist und nur wenige dieser Aerzte ihre Aufgabe auch auf sozialem Gebiete sehen und nicht nur auf medizinischem; wenn man bedenkt, daß die Aerzteverbände eher gegen die Fürsorge Stellung nehmen als für sie, dann muß man sagen, daß dieses prophylaktische System, das trotz all dieser und tausend anderer Hindernisse durchaus anerkennenswerte Erfolge gezeitigt hat, eins der Mittel und Methoden ist, die die Zukunftsmedizin anwenden muß.

Die ungeheure Bedeutung vorbeugender Maßnahmen und der Ausdehnung der Tätigkeit des Arztes auf das allgemeine soziale Gebiet; die Notwendigkeit, den Arzt zum Lehrer und Hüter einer modernen Gesundheitspflege zu machen, das heißt alle Rahmen bisheriger Fachpraxis zu sprengen, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch folgenden Vorfall aus der Gegenwart: Einem der namhaftesten Pädiater wird ein sehr heruntergekommenes Kind, das falsch ernährt und schlecht behandelt worden ist, gezeigt. Er äußert sich: „*Solche Kinder bekommen wir heute aus Berlin nicht mehr; die kommen nur noch vom Lande. Dort gibt es noch keine Fürsorge in genügendem Maße; deshalb kann man dann solche Kinder sehen. Die Belehrung des Volkes ist das Wichtigste. Das Kind darf nicht in ein solches Stadium kommen, wo der Arzt nicht weiß, was er eigentlich früher behandeln soll.*“

Die Aufgaben, die die kommende Medizin zu lösen hat, sind in ihren Ansätzen, Anfängen in der Gegenwart und nicht zuletzt in Deutschland bereits vorhanden. Es ist nur notwendig, diese Ansätze auszubauen und auf die breiteste Bevölkerungsschicht zu übertragen. Es genügt nicht, vereinzelt und in engbeschränktem Maße fürsorgerische Tätigkeit zu entfalten. Vielmehr muß die Ueberzeugung Allgemeingut werden, daß die vorhandenen Ansätze soweit auszubauen sind, *daß von ihr alle Menschen erfaßt werden.*

Der Ausbau und die Einschließung aller Mitglieder der menschlichen Gesellschaft in den Rahmen einer solchen Fürsorge, ist, das wurde bereits wiederholt gesagt, im Rahmen der heutigen Gesellschaft deshalb unmöglich, weil eine solch umfassende Tätigkeit den Interessen dieser Gesellschaft widersprechen würde. An der Erhaltung der Gesundheits- und Arbeitskraft der Erwachsenen, an dem Heranwachsen einer gesunden und lebensfähigen, neuen Generation sind Staat und Gesellschaft heute nur insofern interessiert, als sie damit die Möglichkeit erhalten, eine möglichst große Zahl an Menschen auszubeuten. Der Ueberschuß an Arbeitskräften, als die natürliche Folge anarchistischer Produktionsmethoden, erlaubt mit dem Leben und der Gesundheit des einzelnen Raubbau im weitesten Maße zu treiben, solange genügend Ersatzkräfte vorhanden sind. Man ist also nicht interessiert an dem Wohlergehen des Einzelindividuums, sondern nur an der Erhaltung der notwendigen Reservearmee, die es ermöglicht, die sozialen Lebensbedingungen des einzelnen unerhört herabzudrücken und aus ihr für ausgefallene Kräfte neue hereinzunehmen. Hier findet die Fürsorgetätigkeit ihre gesetzmäßigen Grenzen.

Die neue Gesellschaftsordnung wird die materiellen Grundlagen des einzelnen und der Gsamtheit entscheidend verändern und dadurch neue soziale Formen mit neuem Inhalt schaffen. Ihre Aufgabe ist: „*Die Hebung des Wohlstandes der ganzen Menschheit; die stärkste Verkürzung der der materiellen Produktion gewidmeten Zeit und damit eine in der Geschichte unerhörte Blütezeit der Kultur.*“

Bei der Gestaltung des Lebens auf dieser neuen Basis spricht der Arzt ein entscheidendes Wort mit. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse, die gründliche Sanierung der Arbeitsmethoden, die Erschließung der Möglichkeiten, unter denen es den einzelnen gestattet ist, eine bestimmte Stellung im Produktionsprozeß derart einzunehmen, daß er, gemäß der physischen und psychischen Bedingungen, die ihm eigen sind, ein Höchstmaß an Leistung erzielt: das alles sind Aufgaben der Aerzteschaft von morgen.

Die Zukunftsmedizin wird Gesundheitsökonomie im weitesten Ausmaß zu treiben haben. Vor ihr dürften also insbesondere zwei Hauptaufgaben stehen:

a) Schädigende Milieueinflüsse zu beseitigen und zwar insbesondere durch:

1. eine Säuglingsfürsorge, die schon während der Schwangerschaft der Mutter einzusetzen hätte. (Antenataler Schutz des Kindes.)
2. Kleinkinderfürsorge, Organisierung und Ueberwachung von Kindergärten und -heimen.
3. Schulkinderfürsorge (Ueberwachung des Unterrichts, Anpassung des Lehrplanes an die Aufnahmefähigkeit, Körperpflege usw.).
4. Jugendfürsorge (insbesondere Ueberwachung und Beratung der Jugendlichen in dem sehr kritischen Pubertätsalter).

5. Beratung bei der Berufswahl (Grundsatz: nicht du mußt, sondern du kannst dieses oder jenes leisten und davon abhängig nur eine bestimmte Anzahl von Berufen ergreifen).
6. Beratung und Herausbildung besonderer Arbeitsschutzmethoden.
7. Beratung und intensive Mitarbeit am Ausbau der sozialen Versicherung aller Art.
8. Leitung und Ueberwachung der Gefangenenanstalten. (Es gibt keinen Verbrecher, an dem die Gesellschaft sich rächt, es gibt nur sozial kranke Menschen, die man als solche behandeln muß.)

b) Durch Rationalisierung der menschlichen Fortpflanzung für ein gesundes Geschlecht zu sorgen. Und zwar insbesondere durch:

1. Eugenetische Maßregeln auf der Basis ernster wissenschaftlicher Erblichkeitslehre.
2. Eheberatung (nicht Ehezwang, sondern freie Vereinigung zweier Menschen. Nicht Gebärzwang, sondern kameradschaftliche Beratung).

Die Methoden dieser Aufgaben werden vom praktischen Leben herausgebildet werden. Ueber sie läßt sich im einzelnen heute wenig sagen. Vielleicht ist einheitlichste Dispensaire eine der Formen und Möglichkeiten. Er müßte alle in einem gewissen Bezirk lebende Menschen, vom Säugling bis zum Greis erfassen; und das Leben derselben von der Geburt bis zum Tode unter ärztliche Kontrolle stellen.

Dazu werden viele Aerzte und noch mehr Hilfspersonal gebraucht. Mit der Erschließung dieser neuen Arbeitsgebiete wäre die heute so oft gefürchtete Gefahr der Ueberfüllung des Aerztestandes beseitigt.

Mehr Aerzte, mehr Sanitätspersonal, mehr medizinische Hilfsmittel als bisher wird die neue Gesellschaft gebrauchen. Trotzdem wird der Aufwand an Mitteln im Verhältnis zu dem Effekt, der erzielt wird, verschwindend geringer sein als das, was man für die Medizin von heute braucht.

Der Ausweg aus der Krise der Medizin ist nur der:

Der Arzt als Träger der Volksgesundheit; die Volksgesundheit als das wichtigste Kapitel der Gesellschaft stehen im Mittelpunkt des sozialen und materiellen Lebens.

Freigewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Geht nicht zu den Feinden des Proletariats, zu den nationalsozialistischen Aerzten!

Arthur Schloßmann

Er gehörte offiziell nicht zu uns. Er gehörte keiner sozialistischen Partei an, auch nicht der sozialistischen Aerzteschaft. Und doch ist er uns irgendwie verbunden.

Schloßmann war Kinderarzt, Organisator, Sozialhygieniker.

Nicht unsere Aufgabe ist es, den großen Kinderarzt zu feiern. Aber des Organisators der ersten Kinder-Poliklinik und des ersten Säuglingsheims gedenken wir. Wir erinnern uns, daß er als junger Mann den Mut hatte, sich für die verfemten streikenden Crimmitschauer Textilarbeiter in ihrer Not einzusetzen, daß er als reifer Mann erkannte: die Erkenntnisse der praktischen Medizin müßten ergänzt und erweitert werden durch die Erfahrungen der praktischen Fürsorge. Schloßmanns Tat war die Gründung des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege im Regierungsbezirk Düsseldorf. Der Verein ist der Schöpfer und Organisator der modernen Form der Fürsorge, der Familienfürsorge. Er gründete eine soziale Frauenschule und die Westdeutsche Sozialhygienische Akademie. Das Krüppelfürsorgegesetz ist sein Werk. Am Jugendwohlfahrtsgesetz hat Schloßmann wesentlichen Anteil. In der Zeit der ersten großen Nachkriegs-Arbeitslosenwelle lenkte er den Blick des ganzen Reichs auf das Gesundheitswesen und die soziale Fürsorge, durch die „Gesolei“. Dank seiner Initiative ist das Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde entstanden.

Man könnte den Eindruck gewinnen, daß ein einziger großer Mann, als Führer des Volkes, kraft seiner Persönlichkeit, seiner Individualität, das alles geschaffen hätte — im Gegensatz zu unserer sozialistischen Anschauung von der schöpferischen Gemeinschaftsarbeit.

Schloßmann hat tatsächlich seine persönliche Eigenart seinen Schöpfungen stark aufgeprägt, nicht immer zu ihrem Vorteil, wie es uns Sozialisten schien. Wir haben Kritik geübt, und Schloßmann war sachlicher Kritik zugänglich. Aber sein Glaube an den entscheidenden Wert der Individualität war für uns das Trennende, war nach unserer Ansicht der Grund dafür, daß die Gesolei bei aller glänzenden Organisation ebenso anarchisch war, wie es heute noch das Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde ist, das nach den sozialistischen Vorschlägen das modernste Museum der Welt hätte werden können.

Dieser intensiv arbeitende, erfolgreiche, gefeierte Individualist Schloßmann hielt auf einmal, vor noch nicht langer Zeit, einen Vortrag über die Krise des Aerztestandes, führte aus, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zwangsläufig zur Sozialisierung des Gesundheitswesens führen müsse und bezeichnet als sein Ideal, den Arzt zu erziehen, über die Behandlung des Einzelfalls hinaus den Menschen zu behandeln, den Menschen in seiner Um-

gebung und damit die Gesellschaft. Der große Arzt ist noch gewachsen zum großen Sozialhygieniker. Und wir dürfen hinzufügen: zum unbewußten Sozialisten. Der konsequente und mutige Geheimrat Schloßmann zeigte der deutschen Aerzteschaft aus ihrer kritischen Situation die Lösung, welche die sozialistische Aerzteschaft seit Jahrzehnten vertritt.

Schloßmanns Individualismus läßt sich psychologisch aus dem weiten Horizont seiner Bildung und seines Wissens, wie ihn nur wenig andere Menschen besitzen, aus dem Abstand verstehen. Um so bedeutsamer ist es, daß auch er immer näher unserer Auffassung kam: eine Persönlichkeit ist Ausdruck des Wissens und Wollens einer Masse, und daß gerade eine große Persönlichkeit von der Arbeit und dem gesammelten Wissen einer um so größeren Masse getragen wird und nicht ohne sie und nur für sie existieren kann.

Nehmen wir das für uns Positive aus Schloßmanns Arbeit, so erkennen wir eine große soziale Leistung. Nur wenige Aerzte, auch in unseren Reihen, können sich einer so großen sozialen Leistung rühmen. Schloßmann gehört zu den modernen, sozialistischen Menschen, dem künftigen Normaltyp. Er gehörte zwar nicht offiziell zu uns und stand uns doch nahe. W. Wadler-Düsseldorf.

RUNDSCHAU

Der Gaskrieg.

„Die Staaten rüsten zu neuem Krieg, genau so wie vor dem Jahre 1914. Ueber eines aber muß sich die Menschheit klar werden: Der nächste Krieg bedeutet die endgültige Vernichtung der europäischen Kultur. Diesmal werden die Menschen nicht mehr assentiert, ausgesucht werden, um zu töten und getötet zu werden ad maiorem patriae gloriam. Diesmal wird die Menschheit nicht wieder zerfallen in solche der Front und solche des Hinterlandes, denn die Menschheit ist fortgeschritten, sie ist bereit, sich absolut zu vernichten. Mittel dieses Fortschrittes ist der Gaskrieg, die Umsetzung hoher wissenschaftlicher Erkenntnis in tödliche Brutalität. Ich studiere seit Jahren die Fragen des Gaskrieges und kann nur sagen, daß nach einem solchen unsere Arbeit überflüssig sein wird. Wir werden keine Spitäler mehr brauchen, es werden kaum Menschen genug übrigbleiben, um die anderen zu begraben. Wir aber, getragen von dem Gefühl wahrer Menschlichkeit, wir sollen die Wahrheit darüber wissen und . . . tägtäglich dagegen Einspruch erheben, daß jemals dieser Gaskrieg zur Wirklichkeit werde. Als Sachwalter des organischen Kapitals müssen wir gegen diese Menschenvernichtung wirksam arbeiten."

Aus dem Schlußwort des Gen. Prof. Tandler auf dem Wiener Internationalen Hospital-Kongreß (erschienen in der Vierteljahrsschrift Nosokomeion, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart).

Aus unserer Hochschularbeit.

Die Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte beginnt sich überall unter dem Druck der Ereignisse spontan zu formieren, und die Führungen der einzelnen Gruppen sehen sich oft vor gegebenen Tatsachen, denen sie wohl oder übel zustimmen müssen. Die Jahresversammlung der Berliner Medizinerschaft, der ministeriell anerkannten Vertretung aller Medizinstudierenden, bot hierfür wieder ein gutes, erfreuliches Beispiel. Nach altbewährter Methode hatte der Nazivorstand der Medizinerschaft, der wohl mit Recht eine Kritik seiner durchaus einseitig gegen die minderbemittelten Studenten gerichteten Vorschläge zur Beseitigung der Hochschulüberfüllung, seines Kampfes gegen das Frauenstudium und seiner sonstigen, nicht allzu positiven Tätigkeit befürchten mußte, Termin und Tagesordnung der Versammlung erst einen Tag vorher an seinem Mitteilungsbrett bekanntgegeben. Seinen Freunden, den Nazi- und Korpsstudenten war sie selbstverständlich schon längst rechtzeitig mitgeteilt worden. Trotzdem gelang es unseren VSAe-Genossen, sich mit Genossen der Sozialistischen Studentenschaft, der Roten Studentengruppe und der freigewerkschaftlichen Aerzteschaft in Verbindung zu setzen, sich über ein gemeinsames Vorgehen zu einigen und für den zu wählenden Vorstand Kandidaten aus allen Gruppen gemeinsam zu nominieren. Die energische Arbeit aller Beteiligten erreichte es, daß im Laufe von 24 Stunden über 100 sympathisierende Mediziner zusammengetrommelt wurden, die eine sehr starke Minderheit der Versammlung bildeten. Berücksichtigt man die politische Zusammensetzung der Studentenschaft, so ist das Kräfteverhältnis von 2 : 3, in dem sich die Gruppen gegenüberstanden, das Resultat einer guten Arbeit. Der Sabotage der Versammlungsleitung gelang es zwar, unsere Wahlliste, als angeblich nicht eingereicht, abzulehnen; zugleich erreichte aber die mutige, sachliche Opposition unserer Genossen, daß sowohl die Leitung wie ihre in vollem Kriegsschmuck erschienenen Pg. mehr aus sich herausgingen, als sie wohl beabsichtigt hatten und die unpolitische Gloriole der Berliner Medizinerschaft recht erheblich lädiert wurde.

Unsere Genossen haben den Kampf nicht aufgegeben. Sie sind als die moralischen Sieger aus dieser Kontroverse mit den braunen Jüngern Aeskulaps hervorgegangen, und sie werden das Ergebnis der Versammlung zum Anlaß nehmen, gemeinsam die Angriffsfront gegen die Nazistudenten und ihr ausführendes Organ, den Vorstand der Berliner Medizinerschaft, immer mehr zu erweitern. Ebe.

Der Prozeß gegen die Kehler Aerzte wegen der „ungesetzlichen“ Vornahme von Sterilisierungen bei Frauen hat am 16. Juni, wie nicht anders zu erwarten war, mit der Verurteilung der angeklagten Aerzte geendet.

Der Offenburger Prozeß (in seiner Art der erste in Deutschland) und das Urteil werden vermutlich jetzt, nach Abschluß, erst recht in der Oeffentlichkeit zu einer ausgiebigen Erörterung der juristischen und ärztlichen Frage führen. Wenn auch bei der gegenwärtigen Gemütslage des deutschen Bürgers die reaktionären Tendenzen in der Diskussion noch ganz vorherrschen (siehe Aerztliches Vereinsblatt), so werden doch auch die anderen Stimmen nicht ganz schweigen; beherrscht vorerst auch noch die „Eugenik" fast unumschränkt das Feld, so werden die sozialen Probleme doch immer mehr mitgewertet werden müssen und zu einer Auflockerung der bisherigen Gesetzesformel führen.

Interessant ist, daß das Gericht in seinem Urteil bei der Frage des § 218 zwar noch den Reichsgerichtsentscheidungen beitritt, aber die soziale Lage bei der Indikationsstellung mit berücksichtigt sehen will! In der Frage der Sterilisation ist das Gericht zwar noch der Auffassung, daß die Einwilligung des zu Operierenden „nicht schlechthin die Rechtswidrigkeit des Eingriffs beseitige", sondern diese Wirkung nur dann habe, wenn der Eingriff nicht „gegen die guten Sitten" verstoße. Dabei hat aber das Gericht die medizinisch-soziale Indikation als zweifellos zu dem Eingriff berechtigend anerkannt, die Frage der rein sozialen Indikation offen gelassen, nicht schlechthin verneint; bestimmt abgelehnt hat es die Berechtigung nur in den Fällen, in denen nicht einmal eine soziale Indikation vorlag. Bemerkenswert an dem Urteil ist noch, daß das Gericht nicht die §§ 224, 225 angewandt hat, sondern die §§ 223 (gefährliche Körperverletzung) und 230, Absatz 2 (fahrlässige Körperverletzung), und zwar „weil lediglich Tubenunterbindungen vorgenommen und dadurch die Konzeptionsfähigkeit nicht restlos beseitigt worden sei. Man sieht, manche deutschen Richter sind in diesen Fragen immerhin verständiger als die Mehrzahl der Aerzte, die im „Aerztlichen Vereinsblatt" die Probleme erörtert haben!

In dem langen Prozeßgang spielten die ärztlichen Sachverständigen eine große Rolle; soweit man aus den kurzen Prozeßberichten in den Tageszeitungen sehen konnte (die Verhandlungen waren nicht öffentlich, ja, der Berichterstatter mußte seinen Bericht vorher durch das Gericht zensieren lassen), hat selbst der Sachverständige, der uns sozialistischen Aerzten noch am nächsten steht (Liepmann-Berlin) die rein soziale Indikation nicht voll anerkannt. Aber diese Stellungnahme scheint durch das Verhalten des Hauptangeklagten (Bezirksarzt Dr. Merk) veranlaßt worden zu sein, der (wie auch die Mitangeklagten Frau Dr. Bauer-Hauß und Dr. Weber) von sich behauptete, daß er die soziale Indikation selber ablehne und die Eingriffe (Schwangerschaftsunterbrechung und Sterilisierung) nur nach medizinischer Indikation vorgenommen habe. Diese geradezu paradoxe theoretische Einstellung der An-

geklagten ist nur verständlich, wenn man weiß, daß sie — das gilt bestimmt für Dr. Merk! — der NSDAP nahestehen. Es ist die Ironie der Geschichte, daß Vertreter **der** Partei, die für Abtreibung und Unfruchtbarmachung in ihrem bekannten Antrag Todesstrafe vorsah, zugeben müssen, daß der Arzt, wenn er sich dem tatsächlichen Menschenelend nicht verschließt, in der Wirklichkeit ganz anders handeln muß, als im Nat.-Soz.-Parteiprogramm steht!

Wir sozialistischen Aerzte haben also keinen Grund, in den verurteilten Kehler Aerzten Streiter für unsere Ideen zu sehen. Wenn diese Kollegen auch das ausgeführt haben, was **wir** für recht halten, so darf man doch nicht übersehen, daß **sie**, mit der widerspruchsvollen Ideologie des bürgerlichen Menschen, im Geiste das bekämpfen, was sie getan haben. Unsere Aufgabe wird nun sein, diesen Widerspruch der Welt aufzuzeigen und sie zur Einsicht zu zwingen, daß kein Gesetz bestehen kann, das den Wirklichkeiten nicht Rechnung trägt. E. K.

Ein Tendenzfilm — Marke Brauerbund.

Die Ufa des Herrn Hugenberg hat einen Tonfilm hergestellt, dessen einziger Zweck die Verherrlichung des Biergenusses ist. Unter Mißachtung der wissenschaftlichen Ergebnisse werden dem Bier alle nur denkbaren Vorzüge angedichtet; die Alkoholgegner macht man als halbverrückte Sonderlinge lächerlich. Bekannte Schauspieler haben dabei mitgewirkt. Ueberflüssig zu sagen, daß hinter diesem Machwerk — „Hell oder Dunkel“ ist der Titel — der Brauerbund steht! Wenn wir recht unterrichtet sind, ist für diesen wertlosen Werbefilm die Anerkennung als Lehrfilm beantragt worden. Auf daß die Jugend durch frühzeitiges Biertrinken körperlich und geistig gefördert werde!

Bahnhofsfürsorge in Moskau.

Unter den Maßnahmen, die auf dem Gebiete einer Besserung der Verhältnisse in Moskau getroffen werden, nimmt die Versorgung von Mutter und Kind einen sichtbaren Platz ein.

Jetzt sind auf allen Bahnhöfen Moskaus spezielle Zimmer für Mutter und Kind eingerichtet. Für diese hat man die bequemsten und hellsten Räume gewählt.

Vor dem Eingange in das Zimmer der Mutter und des Kindes befindet sich der sogenannte „Filter“. Hier besichtigt ein Arzt oder eine Schwester-Instruktor das Kind, bevor dieses in das allgemeine Kinderzimmer eingelassen wird. Eine Mutter, deren Kind unterwegs erkrankt ist, erhält Rat und den notwendigen Beistand. Für Kinder mit irgendwelchen nicht deutlich ausgeprägten Krankheitserscheinungen befinden sich auf jedem Bahnhofe 2 bis 3 isolierte Räume.

Auf allen großen Bahnhöfen in Moskau sind in den Aufnahmezimmern für Mutter und Kind warme Duschen, Wannen für Kinder und Kindertoiletten bereitgestellt.

Außer dem gemeinsamen Zimmer zum Ausruhen der Mütter und Kinder, das zugleich auch Spiel- und Eßzimmer ist, gibt es noch ein Schlafzimmer für Kinder mit weißgestrichenen Metallbetten, Matratzen aus Wachstuch und mit Kissen, die jedesmal nach Gebrauch desinfiziert werden. Hier kann das Kind einige Stunden lang sich ausruhen. An allen Bahnhofsbüfetts erhalten Mütter mit Säuglingen billiges Mittagessen, Brei, Grütze, Milch usw.

Außer der Schwester für Mutter- und Säuglingsschutz befindet sich in jedem Zimmer ein Pädagoge, der mit den Kindern geregelte Spiele vornimmt.

In dem Zimmer für Mutter und Kind hat die Frau die Möglichkeit dazu, sich auszuruhen, das Kind zu stillen, es umzuwickeln usw. Sie kann ihre Geschäfte in der Stadt besorgen und ihr Kind an einem zuverlässigen Orte zurücklassen.

Mütter mit Kindern bis zu 7 Jahren erhalten die Eisenbahnfahrkarten auf organisierte Weise. Sie werden auch außer der Reihe in den Waggons untergebracht, wobei sie seitens der Bahnhofsadministration unterstützt werden.

Während eines Monates ist das Zimmer für Mutter und Kind auf dem Pawelezbahnhofe von 1770 Personen benutzt worden, das auf dem Nordbahnhofe von 2010, auf dem Kursker Bahnhofe von 2180 Personen usw.

Das Zimmer für Mutter und Kind wird von den Abteilungen für Gesundheitsschutz auf der Reise verwaltet.

V. Internationaler Kongreß der Weltliga für Sexualreform.

Der V. internationale Kongreß der Weltliga für Sexualreform wird vom 20. bis 26. September 1932 in der Tschechoslowakei abgehalten werden, und zwar in der durch den Begründer der modernen Vererbungswissenschaft Gregor Mendel weltberühmten altmährischen, sehr sehenswerten Stadt Brno-Brünn.

V o r l ä u f i g e T a g e s o r d n u n g : Dienstag, 20. September: Begrüßungsabend.

Mittwoch, 21. September vorm.: Eröffnungssitzung im großen Saal der deutschen Volkshochschule. Begrüßungsansprachen der drei Präsidenten der Weltliga: Magnus Hirschfeld, Berlin; Norman Haire, London; J. H. Leunbach, Kopenhagen.

Mittwoch, 21. September, nachmittags: Fortsetzung und Aussprache. Im Anschluß daran Besuch des Mendelmuseums und Augustinerklosters mit Mendelgarten unter Führung des Mendelforschers Prof. Dr. Hugo Iltis.

W i s s e n s c h a f t l i c h e s P r o g r a m m : „Eugenik und Sexualität“. Eingeleitet durch einen Vortrag über den heutigen Stand des Mendelismus.

Donnerstag, 22. September, vorm.: „Sexualerziehung“, eingeleitet durch einen Vortrag des Professors an der Masaryk - Universität, Dr. Anton Tryb.

Zur Reichstagswahl am 31. Juli:

Werbt für den Kampfblock aller Arbeiterorganisationen!

Donnerstag, 22. September, nachmittags: „Weltanschauung und Sexualität“.

Donnerstag, 22. September abends: Große öffentliche Volksversammlung mit Ansprachen der prominentesten Vertreter der Sexualwissenschaft über das Thema: „Warum Sexualreform?“

Freitag, 23. September, vormittags und nachmittags: „Sexualethnologie“. Ausbau der internationalen Organisation für Sexualreform.

Freitag, 23. September, abends: Festvorstellung im Landestheater. Die tschechische Nationaloper von Bedrich Smetana: „Die verkaufte Braut“.

Sonnabend, 24. September, vorm.: „Intersexualitätsforschung“. Eingeleitet durch einen Vortrag Dr. Magnus Hirschfelds über das homosexuelle und bisexuelle Problem.

Sonabend, 24. September, nachm.: „Sexualpathologie“.

Sonntag, 25. September: Ausflug in die berühmten Tropfsteingrotten der Macocha in der Mährischen Schweiz.

Montag, 26. September, vorm.: „Bevölkerungspolitik, Geburtenregelung, Eheberatung.“

Alle Anmeldungen, Mitteilungen und Anfragen sind an das Kongreßsekretariat in Brünn zu richten. Adresse: Dr. Jos. Weißkopf, Brünn XII, Tschechoslowakei. Postscheckkonto Brno 112 102.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Gemeinsame Tagung des Vereins Sozialistischer Aerzte und der Gewerkschaften in Chemnitz.

Die nationalsozialistische Aerzteschaft treibt zur Zeit eine starke Propaganda unter der Bevölkerung mit dem Ziele, die Praxis anders gesinnter Aerzte zu untergraben und die Schuld, die gerade die nationalsozialistische Bewegung an der fortgesetzten Verschlechterung der Sozialversicherung hat, auf andere abzuwälzen. Deshalb veranstaltet der Verein Sozialistischer Aerzte mit der Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen am 2. und 3. Juli in Chemnitz eine gemeinsame Tagung, mit welcher dem Treiben der nationalsozialistischen Aerzte entgegengewirkt werden soll. Alles Nähere geht aus dem Inserat in

dieser Ausgabe des „Soz. Arzt“ hervor. Rege Beteiligung der Kollegen, auch aus dem Reiche, ist erwünscht.

Mitteilungsblatt des Sozialistischen Aerztevereins in Norwegen.

Unter der Redaktion unseres Gen. Dr. Karl Evang-Oslo ist die erste Nummer der 16 Seiten starken Zeitschrift erschienen, die wir als Mitstreiter freudig begrüßen. Die Schrift enthält die folgenden Aufsätze: Das Programm der Soz. Aerztevereinigung, Bericht der Tätigkeit des letzten Halbjahres, die Statuten, Richtlinien der Internationalen Sozialistischen Aerztevereinigung, Die Aerzteschaft und der Sozialismus, Sozialmedizin, Sport und Volksgesundheit.

Bei der Besprechung des Programms wird die ökonomische Lage Norwegens, die Krise der Volksgesundheit im Zusammenhang mit den verschlechterten Löhnen der Arbeiter, besonders der Land- und Waldarbeiter, dargestellt. Erwähnt werden die Abbaumaßnahmen in der Sozialversicherung. Gegen sie müssen die Aerzte den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse aufnehmen. Die sozialistischen Aerzte haben die Aufgabe, aufzuzeigen, wie die heutige Form des Gesundheitswesens von der jetzigen Gesellschaftsstruktur abhängig ist. Sie müssen die Wege aus der Gesundheitskrise weisen. Die Abhängigkeit der verschiedenen Krankheitsursachen von sozialen und ökonomischen Faktoren muß enthüllt werden. In Versammlungen, Diskussionsabenden und in der Presse haben unsere Genossen gegen die reaktionären Vorstöße auf dem Gebiete der Volksgesundheit Front gemacht.

Wir werden gelegentlich auf einige interessante Artikel unserer norwegischen Kollegen und Genossen zurückkommen.

Mitgliedsbeiträge!

Der Mitglieds- und Pressebeitrag ist zusammen auf 12 RM für 1932 herabgesetzt worden.

Die Kassierer der Ortsgruppen und Einzelmitglieder werden um **möglichst pünktliche** Einsendung der Beiträge im **Interesse der Gesamtorganisation** gebeten!

Zentralkassierer (Mitgl.-Beiträge und Abonnementsgelder für den „Soz. Arzt“) ist Gen. Dr. Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheck-Konto Berlin 749 15).

Ortsgruppe Groß-Berlin.

In zwei gutbesuchten Sitzungen am 19. Mai und 14. Juni stand das Thema „Der Faschismus und die Aerzteschaft“ auf der Tagesordnung. Das Hauptreferat der Gen. Dr. Käte Frankenthal bringen wir in den Grundzügen in dieser Nummer zum Abdruck. An der Aussprache, in deren Mittelpunkt die Forderung des Tages: die Bildung des einheitlichen Abwehrkampfes stand, beteiligten sich zahlreiche Kollegen. Die letzte Versammlung nahm einstimmig die nachfolgende Resolution an:

X SAD

„In der jetzigen Situation ist die Einheitsfront aller proletarischen Organisationen im Kampf gegen den Faschismus das Gebot der Stunde. Der VSAe. stellt sich mit allen Kräften in den Dienst dieses Kampfes. Das faschistische Regime schickt sich an, die gesamte Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge zu zerschlagen, kulturpolitisch und bevölkerungspolitisch droht die schwärzeste Reaktion. Die Aufklärung über das wahre Gesicht des Faschismus muß in die breitesten Massen getragen werden. Der VSAe. fordert die proletarischen Parteien, Gewerkschaften und Versicherungsträger auf, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Massen zum Widerstand gegen die faschistischen Angriffe auf die sozialen und volksgesundheitlichen Errungenschaften aufzurufen. Die Mitglieder des VSAe. stellen sich allen Arbeiterorganisationen zu Versammlungen, zu ärztlichem Bereitschaftsdienst und zur Unterstützung zur Verfügung.“ F.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

„Nosokomeion“, 1931. 2. Kongreß-Sonderheft: Wien. 313 Seiten. Preis 11,25 RM. Verlag W. Kohlhammer-Stutgart.

Das Protokoll enthält u. a. das Referat v. Noorden über „Ernährung in großen Allgemeinen Krankenhäusern“. An der Diskussion über „Sozialversicherung, Krankenhaus und Arzt“ beteiligen sich auch Vertreter der deutschen Krankenkassen. Ueber das Problem der Krankenpflege im Krankenhaus spricht u. a. auf Grund seiner reichen Erfahrungen Gen. Paul Levy-Berlin. Eine vielseitige Erörterung findet das Referat über die „Polikliniken“. Der internationale Gedankenaustausch gibt unserem Gen. Dr. Gruschka-Aussig Anlaß zu prinzipiellen Ausführungen über die Stellung des Krankenhauses innerhalb des gesamten Gesundheitswesens. Mit aller Deutlichkeit betont er, daß die vervollkommnete Medizin heute nur mehr in den Formen kollektiver Zusammenarbeit betrieben werden könne. Denjenigen, die über die steigenden Kosten der Krankenhäuser klagen und die dem besitzlosen Kranken gebotenen höheren und kostspieligeren Leistungen als für die Volkswirtschaft unerschwinglich erklären, müsse gesagt werden, daß tausendfach größere Lasten, eine wahre Verschwendung an Volksvermögen, durch eine systemlose Gesundheitspolitik verursacht werden. Wirkungsvoll ist das Schlußwort von Tandler-Wien über die Rüstungen der Staaten zu einem neuen Völkergemetzel und über die Vorbereitung des Gaskrieges. F.

Zulassung und Niederlassung als Kassenarzt von Dr. Kurt Finkenrath. Nonnen-Verlag Berlin W 35. Preis 1,— RM.

Die kleine Schrift gibt den Jungärzten Aufklärung über das neue Zulassungsrecht zur kassenärztlichen Tätigkeit, das durch die letzten Notverordnungen wesentlich verändert wurde. Niederlassungsmöglichkeiten und Facharztbestimmungen werden an Hand eingehender Darstellungen der Zahl der Aerzte und ihrer Einkommensverhältnisse in den einzelnen Städten Deutschlands geprüft. F.

Säugling und Kleinkind, ein Merkbuch für Mütter von Prof. Dr. Leopold Moll (Wien). Verlag Franz Deuticke, Wien und Leipzig. 1,60 RM.

Eine klar geschriebene Belehrung für Mütter über Pflege, Erziehung und Ernährung des Säuglings und Kleinkindes. Als Ergänzung der Anweisungen der Säuglingsfürsorgestellen ein nützliches Büchlein, dessen zahlreiche Abbildungen den Müttern den Text noch verständlicher machen. M. F.

Sozialpolitik und Wohltahrtspflege

Dr. Theodor Gruschka und Dr. Wilhelm Huppert-Aussig: Die sozialen Probleme der Invalidität durch Tuberkulose. Schriftenreihe der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit in der Tschechoslowakischen Republik. Heft 1, 1931, Prag.

Die Forderungen, die unsere Genossen Gruschka und Huppert als Ergebnis einer Diskussion über das Schicksal des tuberkulösen Invaliden formulieren, sind weder revolutionär noch unsinnig. Das in allem das Gegenteil heut verwirklicht wird, zeigt nur, wie reaktionär und blindwütend sich die Krise auswirkt. Das überall gemeldete Ansteigen der Erkrankungsziffern an Tuberkulose ist gleichbedeutend mit der vielfachen Multiplizierung der Infektionsquellen und letzten Endes mit der entsprechenden Vervielfachung der sozialen Lasten für spätere Jahre. Erleichterung der Inanspruchnahme des Arztes, Schaffung von Tuberkulosekrankenhäusern, Ausdehnung der Unterstützungsdauer in der Krankenversicherung, Erhöhung der Invaliditätsrenten, Absonderung der Ansteckungsfähigen durch Erweiterung des Wohnraums und durch Schaffung von Ledigenheimen — das wäre eine rationelle Bekämpfung der Not der tuberkulösen Massen, nicht die Notverordnungspolitik der Krankenscheinsteuer, des Abbaus, der Kürzung an allem, was verdächtig ist, soziale Nöte zu lindern.
G. W.

M. Arendsee: Kinder hungern! Kinder sterben! Wir klagen an! Preis 10 Pf. Herausgegeben von der IAH. Berlin W 8.

Sexualfragen

Prof. A. Buschke und Dr. F. Jakobsohn: „Geschlechtsleben und sexuelle Hygiene“, Verlag Walter de Gruyter u. Comp.

Die beiden bekannten Dermatologen, von denen einer der älteren, einer der jüngeren Generation angehört, haben versucht eine Synthese der divergierenden Auffassungen zweier Generationen über die Fragen des Geschlechtslebens herbeizuführen. Das 221 Seiten starke, mit zahlreichen Illustrationen ausgestaltete Buch, das mehr für den interessierten Nichtarzt geschrieben ist, bietet aber auch dem Arzt, der populäre Vorträge über Sexualhygiene halten will, durch die Zusammendrängung des Materials einen guten Leitfaden.

Auch der „Juristische Anhang“ von Rechtsanwalt Fr. Blankenfeld gibt trotz der Kürze eine gute Darstellung der geltenden und neuentworfenen deutschen Strafrechtsbestimmungen dieser Sphäre.

Im Hauptteil wären m. E. Hinweise auf die neuen Formen der Sexualmoral in der Sozialistischen Räterepublik angebracht gewesen.
L. K.

Grotjahn: Eine Kartothek zu § 218. Broschiert 4,90 RM. Alfred Metzner Verlag, Berlin SW 61.

Ein Landarzt in einer Stadt mit weniger als 20 000 Einwohnern hat im Laufe eines Jahres 426 Auskratzungen vorgenommen. Er hat diese Fälle sorgfältig registriert und hat die Kartothek Grotjahn zur Verfügung gestellt. Grotjahns Standpunkt zur Frage des § 218 ist bekannt. Er verlangte, daß die Schwangerschaftsunterbrechung auf alle Fälle auf der Verbotstafel stehe und lehnte sogar die soziale Indikation ab.

In dem Begleitschreiben, das der Kartothek beilag, sagt der Arzt: Zweck der Zusammenstellung soll sein, nachzuweisen, daß der § 218 überhaupt nicht mehr das sein kann, was er sein soll. Er meint, daß, wie er, 10—20 Prozent aller Aerzte sich über den § 218 fortgesetzt haben. Diese Aerzte beteiligen sich aber nicht an den Diskussionen, sondern schweigen, „und das große, laute Lügen geht weiter".

Dieser Arzt hat gesprochen. Mit bedingungsloser Offenheit bekennt er, daß er sich 426mal gegen das Gesetz vergangen hat. Das Material ist bunt zusammengewürfelt. Die von ihm behandelten Frauen stammen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten; aus den verschiedensten Gründen wurde die Beseitigung der Schwangerschaft gewünscht.

Dem Wunsche wurde völlig indikationslos stattgegeben, aber nicht völlig unterschiedslos. Neben den 426 Fällen, in denen er eingegriffen hat, führt er auch 127 Fälle auf, die er abgewiesen hat. Bestimmte Gesichtspunkte, nach denen er entschieden hat, sind nicht zu erkennen.

Wahrhaft erschütternde Fälle sind geschildert, bei denen der verbotene Eingriff sicher die einzige Rettung für die Frauen war. Aber andere Fälle, deren Geschichte fast wörtlich mit den ersteren übereinstimmt, sind abgewiesen worden. Diese Inkonsequenz könnte auf den § 218 selbst zurückzuführen sein. Infolge der unsicheren Rechtslage muß nicht nur die Frau zum Arzt, sondern auch umgekehrt der Arzt zur Patientin ein gewisses Vertrauen haben, und er wird daher oft gefühlsmäßig entscheiden. Sehr merkwürdig sind aber die Randbemerkungen zu den abgewiesenen Fällen. „Wird sich schon beruhigen", eine Soldatenbraut kennt den Namen des Schwängerers nicht, „soll ihn sich aus der Front raussuchen", eine Mutter bittet für ihre Tochter, noch nicht zwanzigjährige Landarbeiterin, „Herr Doktor, haben Sie bloß dies eine Mal Erbarmen — nein, ich habe kein Erbarmen — endlich ist sie still." In manchen Fällen gibt er Aloepillen „ut aliquid fiat" bis es zum Eingriff zu spät ist, in manchen Fällen wurde abgelehnt, weil ein Kind die Eheaussicht verbessert. In anderen, ganz gleich liegenden Fällen wurde der Eingriff gemacht. Oft wurde wiederholt, bis dreimal in einem Jahre, curettiert, bei einer Frau schätzt er, daß es das zehnte Mal ist. Eine große Rolle spielt die „Palliativcurette", die bei leisem Verdacht schon angewendet wird, auch zweimal im Jahre bei einer Frau, ohne daß eine Schwangerschaft vorlag. In einem Falle heißt es: „Gravidität ziemlich unwahrscheinlich — Sicherheitsabrasionon gravida-amenorrhoe propter Lactationem". In einigen, ganz unsicheren Fällen macht er die Abrasio, weil der Schmerz pädagogisch wirkt, u. a. bei einem noch nicht 16jährigen Mädchen, das nicht gravid war. In mehreren Fällen macht er Abrasio auf Wunsch der ängstlichen Patientin, ohne Verdacht auf Gravidität, mit einer gleichgültigen Bemerkung „Habeas", „Wenn ich Ihnen einen Gefallen tue, bezahlen Sie die Sache" usw.

Ist dieser Arzt ein Helfer der Menschheit? Das Merkwürdigste bei diesen merkwürdigen Bekenntnissen ist neben der vorurteilslosesten Hilfsbereitschaft die Tendenz, zu verurteilen, Schmerzen und Not als wohlverdiente Strafe zu bewerten. Bei der pädagogischen Curette die Bemerkung: „Es tat ihr sehr weh — wird sich in Zukunft in Acht nehmen." Verordnung von Schutz-

mitteln ist nicht erwähnt, also soll sie sich in acht nehmen vor dem Geschlechtsverkehr. In einem Falle ironische und ärgerliche Abweisung, weil die Patientin nicht ganz die Wahrheit sagte, in einem anderen Falle prompte Hilfe mit der kühlen Feststellung: „Alle Angaben waren Schwindel." Auch Bemerkungen, wie: „Soll ihn sich aus der Front raussuchen" und ähnliches klingen wie die These: Leichtsinn muß bestraft werden, sei es durch die schmerzhafte Curette, sei es durch das Austragen einer unerwünschten Schwangerschaft. Eigentlich hat man das Gefühl, als setze er sich ziemlich leicht über das Geschick der Frauen fort — sowohl derer, die er unnötig operiert, als auch der verzweifelten Fälle, die er abweist. Präventivmittel hat er scheinbar sehr wenig angewandt. In einem Falle wird ein „Schutzschwamm" verordnet. Ein Mädchen wurde innerhalb von sechs Monaten zweimal curettiert, obwohl beim erstenmal eine starke Blutung eintrat. Von Schutzmitteln ist dabei nicht die Rede, wohl aber von dem Rat: „den Bräutigam bis zur Hochzeit zur Disposition zu stellen".

Dieser Arzt ist bei seinem Kampfe gegen die Strafbestimmungen in den verhängnisvollen Fehler verfallen, ein Förderer der Abtreibung zu werden. Ohne Zweifel werden nicht nur die Gegner des § 218 auf das reichhaltige und einzigartige Material dieses Buches oft Bezug nehmen, es wird auch den Befürwortern der Strafbestimmungen manches Argument liefern.

Diese nüchterne Aneinanderreihung von Fällen, für die die Schwangerschaft nichts als Elend und Not bedeutet, hat auf Grotjahn einen tiefen Eindruck gemacht. In dem Schlußwort, das er dem Buche beifügt, beharrt er nur noch theoretisch auf seinen alten Standpunkt, Ablehnung der sozialen Indikation. Er gibt aber zu, daß in der heutigen Zeit praktisch diese schroffe Ablehnung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Käte Frankenthal.

Populäre Zeitschrift für Sexuelle Aufklärung. Redaktion: Dr. Karl Evang; Dr. Otto Galtung Hansen; Dr. Carl Viggo Lange. 1932. Heft 1. Fram Forlag, Oslo. Pr. 1,50 Kr.

Diese erste Zeitschrift Norwegens, die die sexuelle Aufklärungsarbeit zum Ziele hat, wird von unseren Kollegen und Genossen als Vierteljahrsschrift herausgegeben. Die vorliegende Nummer enthält das Programm und legt dar, wie groß die Unwissenheit auf sexuellem Gebiete bei den breiten Massen in Norwegen heute noch ist. Ueber „Sexuelle Aufklärung" schreibt Dr. Max Hodann, über „Onanie" Dr. Karl Evang. Nic. Hoel.

Joh. Ferch, „Atempause". Ein Roman vom morgigen Deutschland. Lipsia-Verlag, Leipzig.

„Keine tändelnde Literatur, sondern stärkstes Leben und dramatischste Handlung", verspricht der Waschzettel, der einen „Maschinen- und Geburtenregelungsroman" ankündigt. In puncto Handlung und ihrer Dramatik ist nur zu sagen, daß jeder Ullstein-Buchverfasser es besser versteht, ein so verkitschtes Thema in lesbare Form zu bringen. Um eine törichte Liebeshandlung herum sind nun die Wirtschaftsansichten des Verfassers herumgruppiert. Ja, wenn das Problem der kapitalistischen Krise so leicht zu lösen wäre, wie es hier geschieht, mit Freuden verzichtete man auf die in ihrer Konsequenz sicher nicht immer bequemen marxistischen Erkenntnisse! Aber so ist es doch wohl etwas zu leicht: „Ist die Erde imstande oder nicht, den Menschen eine menschenwürdige Existenz zu bieten? Wenn nicht, dann müssen sich die Menschen in der radikalsten Geburtenbeschränkung vermindern, bis der Ausgleich zwischen Bedarf und Angebot geschaffen ist." Erhöhen wir das Lebenshaltungsniveau aller Völker zu dem des Bürgertums — und Arbeitsmöglichkeiten sind geschaffen, in der nie mehr Arme feiern müssen. Niemand kann behaupten, daß dies Utopie sei. Denn

wer wagt es, die Menschenwürde zu schmähen und zu behaupten, daß nur ein kleiner Teil der Menschen das Recht auf ein der Zivilisation und Kultur entsprechendes Leben besitzen darf?"

Wer hat Schuld an der Not und dem Elend der Massen? Der Verfasser weiß nichts Besseres, als sie à la Malthus den zu vielen Menschen, die die Erde nicht ernähren könne, und der Maschine, die die Menschenkraft in zu großem Maße überflüssig mache, in die Schuhe zu schieben. Von der Einsicht des Kapitals, von Krediten, die Morgan geben soll, verspricht er sich den Wendepunkt zu neuem Wirtschaftsaufstieg. Daß die Notwendigkeit der Arbeitsdienstpflicht und die Schädlichkeit des Tarifvertrags, auch für die Gewerkschaft (!), dem Leser eindringlichst vor Augen geführt wird, versteht sich fast von selbst.

Zusammengefaßt — seien wir milde — ein trauriges Produkt.

Ebe.

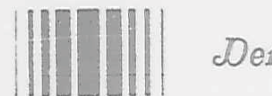
Verschiedenes

Das Frauenproblem der Gegenwart. Eine psychologische Bilanz. Von Dr. Alice Rühle-Gerstel. Verlag von S. Hirzel in Leipzig. 1932. Geheftet 9 RM, gebunden 11 RM.

Das Buch ist ein Versuch, die Frauenfrage unserer Zeit vom individualpsychologischeen Gesichtspunkt aus zusammenfassend zu behandeln. Fußend auf der Organminderwertigkeitslehre von Dr. Alfred Adler (zum erstenmal grundlegend entwickelt in der „Studie über Minderwertigkeit von Organen" 1917) kommt Rühle zu Schlüssen, die auch für jene, die die individualpsychologische Schule nicht voll bejahen, wertvolle Erkenntnisse vermitteln. Wer freilich fertige Lösungen erwartet, wird von diesen Schlüssen nicht immer erbaut sein. Aber darin liegt ja gerade der Wert des Buches, daß er die Problematik der Stellung der Frau in der heutigen Zeit offen aufzeigt, daß es frei von jeder idealistischen Verbrämung des Erreichten ohne Wehleidigkeit ausspricht, daß das „weibliche Geschlecht heute an einer Umbruchstelle seiner Entwicklung steht", daß sich der „Uebergang von der alten zur neuen Weiblichkeit nicht gradlinig vollzieht". Die neue Frau, so zeigt Rühle in ihrer geistreichen Einteilung der Frauen in verschiedene Typen entsprechend dem Geschlechtscharakter des Ziels und dem Realitätsgrad auf, gibt es heute noch nicht. Alle Frauen haben unter der Situation auf dem „zweiten Rang" des Lebens zu stehen, zu leiden. Alle suchen auf diese oder jene Weise, sei es auf männliche (ich will wie ein Mann sein, sei es auf weibliche: Ich will eine besondere Frau sein,) das Gefühl der Minderwertigkeit zu kompensieren, vorzustoßen. Jene aber, die Frauen von „morgen", die ein übergeschlechtliches Ziel haben, einfach Menschen sein wollen, sind in der heutigen Gesellschaft, in der als normal gewertet wird, was männlich ist, zur Neurose verurteilt, mögen ihre Leistungen auch noch so hochwertig sein. Für den Mediziner wohl am interessantesten sind jene Abschnitte, die die weibliche Sexualität behandeln. Wenn auch gerade auf diesem Gebiet die Neigung der Verfasserin zu Schematisierung und kühnen Konstruktionen sich gelegentlich unangenehm aufdrängt, enthalten sie doch wichtige Beobachtungen aus der eigenen und fremder ärztlicher Praxis. Das Wertvollste an dem Frauenbuch aber ist wohl, daß es nicht nur das Werk einer Aerztin und Psychologin, sondern auch einer Sozialistin ist, daher in unserer an Literatur über „Seelen- und Geschlechtsleben" der Frau so überreichen Zeit etwas sehr Seltenes.

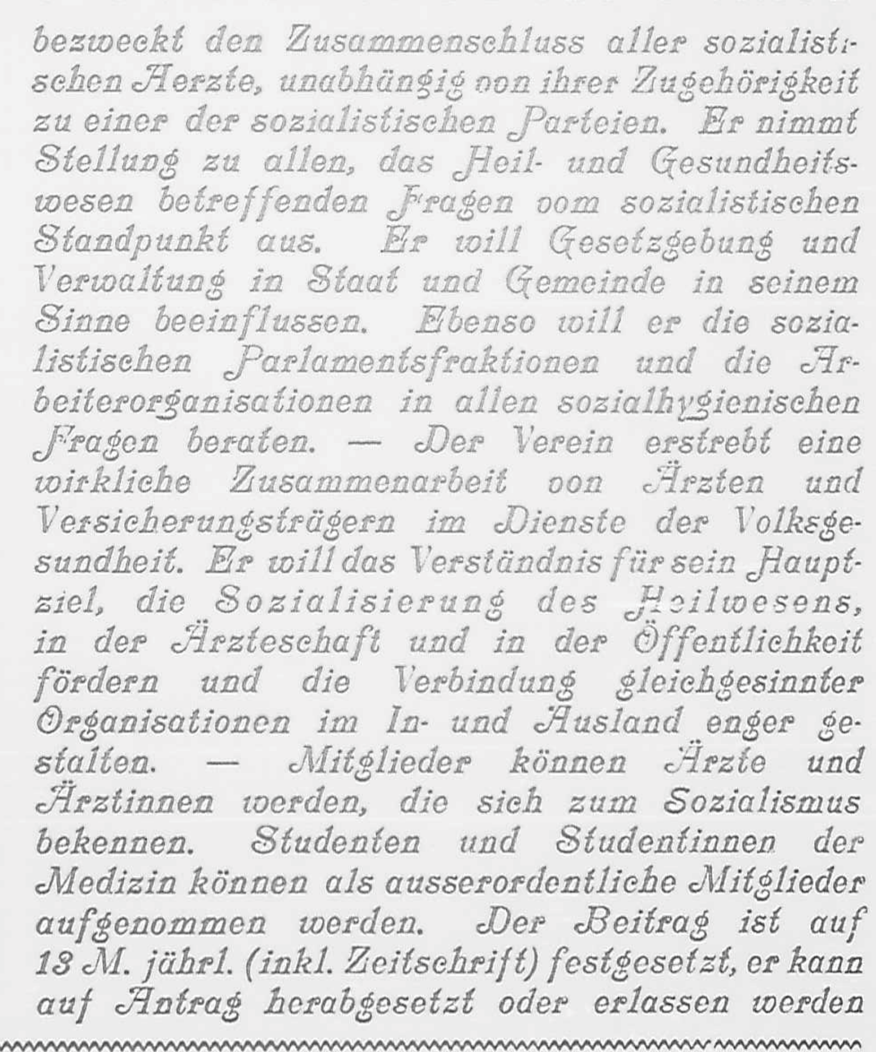
Isa Strasser.

Einzelpreis 0,50 RM, Abonnement jährlich 4,50 RM, vom Verlag (Dr. M. Flake), Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29; Tel.: F 1 Moritzplatz 5471. Für Inserate: M. Wittenberg, Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstraße 25; Tel.: H 1 Pfalzburg 706. Postscheck-Konten: Berlin 40054; Prag 501347.



Der

Verein Sozialistischer Ärzte



bezweckt den Zusammenschluss aller sozialistischen Aerzte, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien. Er nimmt Stellung zu allen, das Heil- und Gesundheitswesen betreffenden Fragen vom sozialistischen Standpunkt aus. Er will Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde in seinem Sinne beeinflussen. Ebenso will er die sozialistischen Parlamentsfraktionen und die Arbeiterorganisationen in allen sozialhygienischen Fragen beraten. — Der Verein erstrebt eine wirkliche Zusammenarbeit von Ärzten und Versicherungsträgern im Dienste der Volksgesundheit. Er will das Verständnis für sein Hauptziel, die Sozialisierung des Heilwesens, in der Ärzteschaft und in der Öffentlichkeit fördern und die Verbindung gleichgesinnter Organisationen im In- und Ausland enger gestalten. — Mitglieder können Ärzte und Ärztinnen werden, die sich zum Sozialismus bekennen. Studenten und Studentinnen der Medizin können als ausserordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Der Beitrag ist auf 18 M. jährl. (inkl. Zeitschrift) festgesetzt, er kann auf Antrag herabgesetzt oder erlassen werden

Hier abtrennen und an Dr. Ewald Fabian, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 191, einsenden!

*) Ich trete dem „V. S. Ä." als Mitglied bei
(Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Der Sozialistische Arzt" gratis)

*) Ich bestelle hierdurch die Monatsschrift
„Der Sozialistische Arzt"
(Bezugspreis jährlich 4,50 Reichsmark inkl. Porti)

Name: ....

Ort: ....

Wohnung: ....

* Nicht Zutreffendes ist zu streichen